

Monatsspiegel



März 2009



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland

Am 19. Januar 1919 durften Frauen zum ersten Mal in ganz Deutschland wählen. Es war die Wahl zur Weimarer Nationalversammlung, und 37 Frauen (das waren 9 Prozent aller gewählten Abgeordneten) schafften damals den Sprung in die Nationalversammlung.

Zwei Monate zuvor, am 12. November 1918, hatte der Rat der Volksbeauftragten – bestehend aus Mitgliedern von SPD und USPD – das aktive und passive Wahlrecht für Frauen verkündet.

Heute, 90 Jahre später, sind im Deutschen Bundestag 32 Prozent der Abgeordneten weiblich (in der SPD-Bundestagsfraktion 36 Prozent), im Bayerischen Landtag sind 31 Prozent der Mitglieder weiblich (in der SPD-Landtagsfraktion 46 Prozent).

Fortschritt? – Ja, natürlich, aber zu langsam, zu wenig!

Dass heute in deutschen Parlamenten etwa ein Drittel der Abgeordneten Frauen sind, liegt nicht unwesentlich am erfolgreichen Kampf der SPD-Frauen um

die Quote. Dieser Durchbruch hatte Sogwirkung auch auf andere Parteien. Tatsächlich ist heute die Quote in der SPD nicht unumstritten. Dass – wie in Erlangen – für die Kommunalwahl ohne Wenn und Aber eine Reißverschlussliste aufgestellt wird, ist durchaus nicht überall selbstverständlich. Noch weniger alltäglich ist es außerhalb unseres Kreisverbands, dass Mandatsträger und Genossen in Führungsämtern Gleichstellungspolitik zu ihrem Anliegen machen.

Gleichzeitig drohen immer wieder Rückschläge: Die bayerischen SPD-Spitzenkandidaten bei der letzten Landtagswahl, bei der kommenden Europawahl und vermutlich auch bei der Bundestagswahl sind – Zufall?? – alle männlich. In der Parteispitze in Bund und Ländern finden sich nur sehr vereinzelt Genossinnen, die die Chance haben werden, die nächsten Jahre entscheidend mitzugestalten – die SPD-Führung wird in der öffentlichen Wahrnehmung fast ausschließlich von Männern repräsentiert.

■ **Von Hildegard Gröger**
stellvertretende AsF-Landesvorsitzende



■ **Von Barbara Pfister**
Stadträtin, Frauenpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion



Die Parlamente sind das Eine, die Teilhabe an Einkommen, Vermögen, Verfügung über wirtschaftliche Macht das Andere. Der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen liegt in Deutschland bei 22 Prozent, er steigt in der Altersgruppe der über 40-jährigen bis auf 31 Prozent an. Deutschland steht damit in Europa fast am unteren Ende. Die Vorstände der großen DAX-Unternehmen

Fortsetzung auf Seite 3

Termine

03.03.	19:00	Fraktion im Dialog: Hartz IV	Kleines Rathaus, Schuhstr. 40	S. 13
04.03.	20:00	AsF: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
08.03.	11:00	Frauenempfang	Volkshochschule	S. 7
10.03.	20:00	Jusos: Jahreshauptversammlung	Kulisse, Nebenzimmer	S. 23
10.03.	20:00	Distrikt Tennenlohe: JHV	Schlossgaststätte	S. 22
11.03.	20:00	AK Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 7
12.03.	20:00	Kreisvorstand	Angerwirt	
17.03.	20:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 20
17.03.	20:00	Distrikt Frauenaarach: JHV	AWO-Raum	S. 20
17.03.	20:00	Distrikt Dechsendorf: JHV	Gasthof Rangau	S. 19
18.03.	20:00	Distrikt Anger: Jahreshauptversammlung	Angerwirt	S. 19
19.03.	20:00	Jahreshauptversammlung	Turnerbund	S. 3
24.03.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
24.03.	20:00	Distrikt Bruck: Jahreshauptversammlung	FSV, Nebenzimmer	S. 19
25.03.	16:00	60plus: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 23
25.03.	20:00	Distrikt Süd: Jahreshauptversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 21
27.03.	20:00	Linkes Forum	Kulisse, Nebenzimmer	S. 18
01.04.	20:00	Distrikt West: Jahreshauptversammlung	Gasthof "Zur Einkehr"	S. 22
07.04.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung		S. 22

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt

Vorsitzender: Robert Thaler
Geschäftsführerin: Karin Franke
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen, BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr
Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr
Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr
Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Impressum

Herausgeber

SPD-Kreisverband Erlangen
Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung

Philipp Dees
Lichtenfelser Weg 6
91056 Erlangen
Telefon: 09131-483791
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gruner Druck, Erlangen

Auflage: 700 Stück

sind nahezu frauenfreie Zonen und diejenigen, die durch ihre Entscheidungen die weltweite Finanzkrise mitausgelöst haben, sind eben auch Männer – während die Folgen dieser Krise in den armen Ländern der Welt (wo sie weitaus dramatischer ausfallen als hier bei uns) die Chancen von Frauen und Mädchen auf eine bessere Zukunft gefährden.

All dies heißt nicht, dass Frauen das alles automatisch besser machen würden. Aber die Chance, es wenigstens auszuprobieren, hätten wir schon gerne!

Der SPD-Frauenempfang zum diesjährigen Internationalen Frauentag in Erlangen steht unter dem Motto „Freiwillig ist nicht genug!“ Wie wahr! Gleichstellungspolitische Fortschritte kamen niemals von selbst, nie freiwillig, sie mussten und müssen stets erkämpft und mit Hilfe von Gesetzen und formalen Regeln erzwungen und abgesichert werden. Darum brauchen wir endlich das von Rot-Grün erst versprochene, dann jedoch verschleppte Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das Gefasel von der „Selbstverpflichtung“ der Unternehmen führt nachweislich zu nichts.

90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland sind trotzdem ein Grund zum Feiern - und wir können stolz darauf sein, dass wir das Frauenwahlrecht unserer Partei verdanken.

Für die AsF ist dieses Jubiläum Verpflichtung, wieder stärker personelle und inhaltliche Präsenz in unserer Partei zu zeigen und zu fordern. Die Aufbruchsstimmung aus den Zeiten der Auseinandersetzung um die Quote ist vorbei, wir brauchen neuen Schwung. Die Erosion der SPD ist auch an der AsF nicht spurlos vorüber gegangen; die Verschärfung von Armut, Niedriglöhne und soziale Ausgrenzung in unserem Land wie in unserer Stadt treffen wie stets Frauen besonders hart – doch benennen wir dies auch überall, wo es nottut?

Noch immer hat die SPD einen starken Rückhalt bei den Wählerinnen. Diesen Bonus darf die Partei nicht verspielen. Der Kreisverband als Ganzes muss es sich zum Ziel setzen, Frauen, insbesondere junge Frauen, wieder davon zu überzeugen, dass ihre Anliegen in unserer Partei am besten aufgehoben sind und wir ihnen Perspektiven für politisches Engagement bieten. Auf der Bundes- und Landesebene muss die SPD frauenpolitisch wieder in die Offensive gehen – Fa-

milienpolitik ist kein Ersatz für Gleichstellung!

Die Erlanger AsF wurde vor 30 Jahren (am 6. Februar 1979) gegründet. Damals waren manche Genossinnen und Genossen der Meinung, die AsF müsse anstreben, durch das Erreichen aller Gleichstellungsziele sich selbst überflüssig zu ma-

chen. Heute wissen wir, dass sofort gleichstellungspolitische Rückschritte drohen, wenn nicht ständig emanzipatorischer Fortschritt eingefordert und verteidigt wird. Bis zur wirklichen gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist es noch ein weiter Weg - wir werden die AsF noch lange brauchen!

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung

am Donnerstag, den 19. März 2009, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Eröffnung und Begrüßung
Grußwort unserer Betreuungs-Landtagsabgeordneten Angelika Weikert
Ehrung der Verstorbenen
2. Konstituierung
 - a) Wahl der Versammlungsleitung
 - b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
 - c) Beschluss der Tagesordnung
3. Rechenschaftsberichte
 - a) des Kreisvorsitzenden
 - b) Gleichstellungsbericht
 - c) der Arbeitsgemeinschaften AsF, Jusos, 60plus
 - c) Kassenbericht und Bericht der RevisorInnen
 - d) Aussprache zu den Berichten
4. Entlastung des Vorstands
5. Wahl des Kreisvorstands
 - a) Bericht der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission
 - b) Wahl der/des Kreisvorsitzenden
 - c) Wahl der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden
 - d) Wahl der Referentinnen und Referenten im geschäftsführenden Vorstand
 - e) Wahl der Referentinnen und Referenten im Kreisvorstand
 - f) Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Distrikte und Arbeitsgemeinschaften im Kreisvorstand
 - g) Wahl der/des Friedensbeauftragten und der/des Ausländerbeauftragten im Kreisvorstand
6. Wahl der RevisorInnen
7. Beschlussfassung über das Schwerpunktthema 2009
8. Anträge
9. Verschiedenes
Schlusswort der/des neuen Kreisvorsitzenden

Um die umfangreiche Tagesordnung in einem vernünftigen zeitlichen Rahmen und einigermaßen konzentriert bewältigen zu können, bitten wir Euch um Eure Mithilfe: Bitte meldet eure **Wahlvorschläge** (inkl. der Vorschläge aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften) **rechtzeitig (d.h. bis spätestens 16. März 2009)** an die Geschäftsstelle. Dabei könnt Ihr Euch natürlich auch selbst zur Wahl vorschlagen! Nachnominierungen in der Jahreshauptversammlung sind natürlich möglich. Die Voranmeldung erspart uns jedoch unnötigen Stress, Arbeit und Zeit.

Robert Thaler

Ursula Lanig

Dieter Rosner

Rechenschaftsberichte zur Jahreshauptversammlung

Distriktsreferat (Hans Hauer)



Durch zunehmende berufliche Belastung und häufigen Auslandsdienstreisen waren die Aktivitäten im Distriktsreferat in den letzten zwei Jahren zunehmend reduziert. So habe ich mich im Wesentlichen auf die Unterstützung des Kreisverbands und von Distrikten bei den Wahlen im Berichtszeitraum konzentriert. Für eine weitere Kandidatur stehe ich zurzeit nicht zur Verfügung.

Friedensbeauftragter (Andreas Richter)

Einer der Schwerpunkte im Bereich Friedenspolitik in den vergangenen zwei Jahren war der Krieg in Afghanistan, gegen den wir uns als SPD-Kreisverband zusammen mit dem Erlanger Bündnis für den Frieden (EBF) von Anfang an ausgesprochen haben. Dieser Konflikt war auch einer der Hauptpunkte meiner Rede als Friedensbeauftragter am Ostermarsch 2007 in Erlangen.



Statt endlich auf friedliche Konfliktlösung zu setzen, ging die Bundesregierung in Afghanistan allerdings den Kriegspfad weiter und verschärfte ihn z.B. mit den Tornado-Einsätzen noch.

Anerkennenswert ist, dass unser Bundestagsabgeordnete Renate Schmidt zumindest gegen diese Eskalation gestimmt hat. Unsere Forderung an unsere Fraktion und insbesondere unsere Abgeordnete bleibt aber weiterhin die Beendigung des Krieges in Afghanistan. Hierzu ist neben dem Tornado-Einsatz die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom sofort zu beenden. Das ISAF-Mandat ist im Rahmen der UNO auf einen klassischen Blauhelmeinsatz zu beschränken.

Ebenfalls in diesem Sinne hielt unser (damaliger) Landtagsabgeordneter Wolfgang Vogel ein Grußwort am Erlanger Ostermarsch 08.

Neben den Ostermärschen beteiligte sich die SPD auch an Aktionen des EBF

zum Antikriegstag am 1. September. Im Jahr 2008 sprach hier der stellvertr. Kreisvorsitzende Dieter Rosner. Die letzte größere Aktivität im Bereich Frieden war unsere Beteiligung an der Demo gegen den Krieg im Gazastreifen. Forderungen waren hier die Beendigung der Waffengewalt von beiden Seiten, eine Aufhebung der Blockade des Gazastreifens und ein Ende der Waffenexporte in das Krisengebiet. Für die SPD gab es von mir einen kurzen Redebeitrag.

Wichtig in der Friedensarbeit der SPD war auch der umfassende Ansatz, wie diese zu verstehen ist. Frieden hängt untrennbar mit der Bekämpfung von Konfliktsachen wie Hunger, Unterentwicklung, Umweltzerstörung und Klimawandel zusammen.

Dazu kommt auch der Einsatz gegen den Überwachungsstaat und eine Beschränkung der BürgerInnenrechte, die als nicht wirksame und nicht mit dem Rechtsstaat vereinbare Strategie von konservativer Seite gefahren werden. Entsprechend beteiligten wir uns als SPD auch an den Demos gegen die Vorratsdatenspeicherung im Herbst 07 und gegen die Einschränkung des Versammlungsrechts am 1.7.08. Zu beiden Demos gab es für die SPD jeweils Redebeiträge von mir.

In diesem umfassenden Themenverständnis sollten wir als Kreisverband weiterhin Friedensarbeit im weitesten Sinne bestreiten.

Referat für Kommunalpolitik (Florian Janik)



Die Arbeit in diesem Referat besteht im Wesentlichen aus der Koordination der kommunalpolitischen Arbeit im Kreisverband und zwischen Kreisverband und SPD-Stadtratsfraktion. Dies reicht von parteiinternen Diskussionen bis zur Erstellung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit.

In der letzten Wahlperiode lag der Schwerpunkt der Arbeit im Referat auf der Kommunalwahl im März 2008. Dies umfasste:

- Wahlbörse mit den Distrikten
- Kommunalwahlprogramm: Dialog-Veranstaltungen, AK Kommunalpolitik, Programmworkshops, Beschluss des Programms im Mai 2007
- Schulung der Stadtratskandidaten (gemeinsam mit der Referentin für Schulung und Arbeitskreise)
- Mitarbeit in der Wahlkampfleitung

Auch wenn das Wahlergebnis nicht unserer Erwartungen entsprochen hat, denke ich doch, dass es uns gelungen ist, einen modernen und ansprechenden Wahlkampf zu führen.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Monatsspiegel-Referat (Philipp Dees)

Seit der letzten Wahl-Jahreshauptversammlung sind unter Einschluss der aktuellen insgesamt 21 Ausgaben des Monatsspiegels erschienen. Verändert hat sich dabei das Aussehen des Monatsspiegels. Insbesondere die Umgestaltung der Distrikts-Seiten hat dabei für Diskussionen gesorgt.



Bei den Inhalten gibt es erst in den letzten Monaten wieder vermehrt Beiträge zur innerparteilichen Diskussion. Zuvor hatte sich der Monatsspiegel weitgehend darauf konzentriert, Ankündigungsblatt für Veranstaltungen des Kreisverbandes und der Distrikte zu sein. Noch mehr inhaltliche Debattenbeiträge würden die Diskussion im Kreisverband aber sicherlich beleben und die Attraktivität des Monatsspiegels steigern.

Wie der Monatsspiegel noch attraktiver gestaltet werden kann: Dafür gibt es viele Ideen. Sie scheitern allerdings daran, dass die Redaktion nur aus dem Referenten selbst und Lars Thomsen, der die Bilder bearbeitet, besteht. Mehr Beiträge – z.B. Vorstellung befreundeter Organisationen, Diskussionsbeiträge von außen etc. – können nur organisiert werden, wenn mehr GenossInnen am Mo-

natsspiegel mitarbeiten und „Ressorts“ übernehmen. Und viel wäre auch dann gewonnen, wenn die – in den letzten Monaten allerdings besser gewordene – Verlässlichkeit und Pünktlichkeit bei der Zulieferung von Beiträgen größer wäre.

Der Rechenschaftsbericht ist auch die Gelegenheit, denjenigen Danke zu sagen, die mit für den Erfolg des Monatsspiegels sorgen. Lars Thomsen bearbeitet die Fotos nach und optimiert sie insbesondere für Schwarz-Weiß-Druck. Karin Franke liefert regelmäßig und zuverlässig die Einladungen, Geburtstagslisten etc. zu. Die Druckerei Gruner Druck sorgt dafür, dass der Monatsspiegel auch tatsächlich jeden Monat pünktlich gedruckt vorliegt. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank.

Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Birgit Brod)



Meine Aktivitäten im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bestanden im Wesentlichen aus dem Verfassen von Pressemitteilungen und

Veranstaltungshinweisen für Erlanger Nachrichten und den Fränkischen Tag.

Meine Artikel beinhalteten Rückblicke auf Parteiveranstaltungen aller Art, Hinweise auf die regelmäßigen sowie außerordentlichen Veranstaltungen (Dialogveranstaltungen in der Vorwahlkampfphase (Kommunalwahl), Diskussionsveranstaltungen, Veranstaltung zum 8. Mai etc.) sowie Pressemitteilungen über Beschlüsse (z.B. Unterstützung des Volksbegehrens zum Thema Mindestlohn).

In diesem Rahmen habe ich auch die Homepage der Erlanger SPD mit Artikeln, Ankündigungen und Wahlkampfinformationen mitgestaltet.

Referat Schulung und Arbeitskreise (Monika Wendler)

Der Schwerpunkt der Arbeit in diesem Referat lag auf der Koordination der Arbeitskreise innerhalb des Kreisverbands. In den vergangenen zwei Jahren waren drei Arbeitskreise aktiv,



nämlich der AK Grundsatzprogramm, der AK Kommunalpolitik und der AK Wirtschaftspolitik.

Der AK Grundsatzprogramm hat nach dem Beschluss des Hamburger Programms Ende 2007 seine Arbeit eingestellt.

Erfreulicherweise trifft sich seit einigen Monaten der wirtschaftspolitische Arbeitskreis wieder regelmäßig einmal im Monat, um aufbauend auf Grundlagentexten wirtschaftspolitische Themen, wie beispielsweise die Ökonomie der Finanzmärkte, zu diskutieren. Abgesehen von der für den Kreisverband wichtigen inhaltlichen Grundsatzarbeit ist hier besonders hervorzuheben, dass auch neue Mitglieder für die Mitarbeit gewonnen werden konnten.

Inhalt der Arbeit des kommunalpolitischen Arbeitskreises war die Vorbereitung der Kommunalwahl 2008. Hier habe ich zusammen mit dem kommunalpolitischen Referenten unter tatkräftiger Mitwirkung verschiedener Fraktionsmitglieder den Prozess zum Beschluss des kommunalpolitischen Programms koordiniert, die Programmseminare durchgeführt, die Beschlussvorlage erstellt, die Änderungen eingearbeitet und schließlich eine Druck- und Bildschirmversion

der Langfassung des Programms erstellt. Zur inhaltlichen Schulung der Kandidatinnen und Kandidaten sowie interessierter Mitglieder fand eine Veranstaltung statt, bei der mit Hilfe von Argumentationskarten zu Schwerpunktthemen im Wahlkampf die Anwesenden für die Diskussion mit den Wählerinnen und Wählern geschult wurden. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank den Sprecherinnen und Sprechern der Fraktion, ohne deren Einsatz die Überarbeitung des Programms und die Erstellung der Materialien nicht möglich gewesen wäre.

Da im nächsten Jahr mein Examen bevorsteht, werde ich nicht mehr als Referentin für Schulung und Arbeitskreise kandidieren.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die mit ihrer Mitarbeit in den Arbeitskreisen einen wichtigen Beitrag zur Arbeit des Kreisverbandes geleistet haben, und freue mich darauf, nach meinem Examen wieder stärker in der Erlanger SPD mitarbeiten zu können.

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel
April 2009
27.03.2009

Stellenausschreibung

Beim SPD-Kreisverband Erlangen ist zum 1.4.2009 die Stelle

eines/r Geschäftsführers/in in Teilzeit

neu zu besetzen.

Die Arbeitszeit beträgt 18 Stunden/Woche. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV ÖD E 6.

Der Tätigkeitsbereich umfasst die Buch- und Kassenführung, die eigenverantwortliche Büroorganisation, Bürgerbetreuung/Publikumsverkehr, die Zusammenarbeit mit Parteigremien vor Ort sowie die Mitarbeit bei der organisatorischen Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten sowie allgemeine Kommunikationsaufgaben.

Erwartet werden:

- abgeschlossene Berufsausbildung oder vergleichbare Qualifikation,

- umfangreiche PC-Kenntnisse (MS-Office, Internet),
- Interesse an der politischen Arbeit auf Basis der Grundwerte der SPD,
- Erfahrungen in der Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit oder vergleichbares ehrenamtliches Engagement,
- Serviceorientierung, Teamfähigkeit und gute Allgemeinbildung sowie sicheres Auftreten und selbstständige Arbeitsorganisation,
- die Bereitschaft zur flexiblen Ausgestaltung der Arbeitszeiten, die sich durch die Zusammenarbeit mit politisch-ehrenamtlichen VerantwortungsträgerInnen ergeben können.

Interessentinnen und Interessenten richten ihre vollständige Bewerbung bitte bis 15.3. an:

SPD Kreisverband Erlangen
z. Hd. Dieter Rosner
Friedrich-List-Straße 5
91054 Erlangen

Anträge an die Jahreshauptversammlung

Für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl (DB AG)

Antragsteller: Andreas Richter
Adressat: SPD-Bundesparteitag

Der Parteitag wolle beschließen: In das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 wird folgender Abschnitt aufgenommen:

„Bahnreform statt Bahnverkauf

1. Die bundeseigene Deutsche Bahn AG

Aus ökologischen (Umwelt und Klimaschutz), aus ökonomischen (steigende Energiepreise) und aus sozialen Gründen (Mobilität für alle und Sicherung der Arbeitsplätze) muss der Anteil der Deutschen Bahn (DB AG) am Personen- und Güterverkehr in den Ballungsräumen und in der Fläche deutlich erhöht werden. Deshalb muss die DB AG ein wichtiges bundeseigenes Instrument der Klima-, Umwelt-, Energie- und Sozialpolitik Deutschlands bleiben.

2. Die Ziele der Bahnreform

- Die DB AG soll alle Mittelstädte stündlich/alle Großstädte halbstündlich mit IC/ICE-Zügen bedienen und die Reisezeiten durch integrierte Taktfahrpläne verkürzen.
- Die DB AG braucht ein transparentes, attraktives Preissystem, das die Bahnpreise mit der Benutzung anderer Verkehrsangebote verbindet.
- Die DB AG muss ihren Anteil am Güterverkehr weiter steigern, zum Beispiel durch mit anderen Verkehrsunternehmen kombinierte Transportangebote, auch im grenzüberschreitenden Güterverkehr und durch eine Wiederbelebung des regionalen Güterverkehrs.
- Die DB AG muss ihre Politik der Streckenstilllegungen und Bahnhofsschließungen beenden. Die Ausdünnung des Bahnverkehrs in der Fläche und die Konzentration auf schnelle Fernverkehrsstrecken widersprechen unseren Zielen der Bahnreform.

3. Die Organisationsform der DB AG

- Es muss sichergestellt werden, dass Bundestag und Bundesregierung ihre verfassungsrechtliche Verantwortung für diesen Bereich der Daseinsvorsorge wahrnehmen.
- Die Vorstände und Aufsichtsräte der DB AG und ihrer Tochterunternehmen

müssen personell und institutionell so besetzt werden, dass das Wohl der Allgemeinheit – die Interessen der Fahrgäste, des Güterverkehrs und der Umwelt – Maßstab für die Unternehmensführung sind.

- Die Eingriffsrechte, die Aufsichts- und Kontrollpflichten und -rechte des Eisenbahnbundesamts (EBA) sollen gestärkt werden, auch im Hinblick auf die Sicherheit des Bahnverkehrs.
- Die Bundesregierung soll z.B. durch Einbindung der Bundesnetzagentur sicherstellen, dass andere Anbieter von Verkehrsleistungen im Personen- und Güterverkehr nicht diskriminiert werden.
- Netz und Betrieb dürfen keinesfalls getrennt werden.

4. Die Finanzierung der Bahnreform

Falls die für die Bahn vorgesehenen Bundesmittel nicht ausreichen, die oben genannten Ziele zu erreichen, sollen die erforderlichen Mittel durch eine Bahnanleihe des Bundes über die Bundesfinanzagentur GmbH zu marktgerechten Zinsen ergänzt werden.

Für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl (ALG II)

Antragsteller: Andreas Richter
Adressat: SPD-Bundesparteitag

Der Parteitag wolle beschließen: In das SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 wird folgender Abschnitt aufgenommen:

„Soziale Gerechtigkeit heißt menschenwürdige Absicherung.

Die Verantwortung für Arbeitslosigkeit liegt nicht bei jedem Einzelnen. Sie ist ein gesellschaftlich verursachtes Problem, das auch gesellschaftlich gelöst werden muss. Deshalb wollen wir, dass arbeitslose Menschen in unserer Gesellschaft menschenwürdig leben können, nicht ausgegrenzt werden und ihnen geholfen wird.

Menschenwürdig leben heißt, dass der SGB-XII- sowie der SGB-II-Regelsatz („Hartz IV“) entsprechend der Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden erhöht werden müssen und die Sanktionen gegen arbeitslose Menschen gestrichen werden. Um Kinderarmut zu begegnen, ist ein eigenständiger Regelsatz für Kinder erforderlich.“

Ja zum Schuldenabbau – Nein zur Konjunktur- und Sozialbremse

Antragsteller: Andreas Richter
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, Renate Schmidt MdB, SPD-Mitglieder der Bundesregierung, Parteivorstand, Presse

Der SPD-Kreisverband Erlangen fordert die Parteiführung, die SPD-Mitglieder in der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion auf, die Pläne für eine sogenannte „Schuldenbremse“ abzulehnen. Es muss weiterhin genug Spielraum für eine wirkungsvolle, antizyklische Politik geben. Mit der geplanten Festlegung ist dies nicht der Fall.

Begründung:

Vor dem Hintergrund des in der Krise offenbarten Scheiterns neoliberaler und neoklassischer Politik, die versucht hat, mittels Einsparen an Investitionen und öffentlichen Leistungen Schulden abzubauen, ist eine derartige Maßnahme, die der gescheiterten Politik entspricht, nicht als geeignet anzusehen. Schulden können nur durch Wachstum abgebaut werden.

Die Staatsverschuldung ist zu einem guten Teil Folge von Steuergeschenken an Unternehmer und Besserverdienende. Bevor man über eine „Schuldenbremse“ nachdenkt, müsste man daher zunächst über eine „Steuersenkungsbremse“ (Bofinger) nachdenken.

Verschuldung an sich ist nicht als negativ anzusehen, wenn dieser auch dadurch entstandene öffentliche Infrastruktur oder wirtschaftlicher Nutzen gegenübersteht. Wirtschaftlich macht eine „Schuldenbremse“ keinen Sinn. Der Staat muss in die Zukunft investieren können. Es käme wohl auch niemand auf die Idee, für Unternehmen die Schuldenaufnahme auf 0,35% des Umsatzes zu begrenzen, weil dann alle Investitionen und somit die Wirtschaft zusammenbrechen würden.

Zudem gibt es auch keine Rücklagen, auf die Bund und Länder in konjunkturell schlechten Zeiten zurückgreifen können. Gerade angesichts der vorhandenen Staatsschulden werden diese auch auf lange Zeit nicht gebildet werden. Insofern bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als in schlechten Zeiten, Kredite aufzunehmen. Die Folge wäre sonst eine Konjunktur- und Sozialbremse durch Sparen an den Ausgaben.

Ergebnisse der Delegiertenwahlen

Nominierte Delegierte zum Bundesparteitag (Wahl erfolgt durch den Bezirksparteitag)

- Gisela Niclas
- Dieter Rosner (Ersatz)

Nominierte Delegierte zum Landesparteitag (Wahl erfolgt durch den UB-Parteitag)

- Hildegard Gröger
- Dieter Rosner
- Willi Gehr (Ersatz)
- Gabi Dorn-Dohmstreich (Ersatz)

Delegierte zum Bezirksparteitag

- Heide Mattischeck
- Helmut Pfister
- Dieter Rosner
- Robert Thaler (Ersatz)
- Ursula Lanig (Ersatz)
- Gabi Dorn-Dohmstreich (Ersatz)

Delegierte zum Unterbezirks-Ausschuss

- Gabi Dorn-Dohmstreich
- Heide Mattischeck
- Julie Mildenerger
- Andreas Richter
- Dieter Rosner
- Robert Thaler
- Hartmut Wichert (Ersatz)

Delegierte zum Unterbezirks-Parteitag

- Helmut Aichele
- Inge Aichele
- Birgit Brod
- Philipp Dees
- Manfred Dohmstreich
- Gabi Dorn-Dohmstreich
- Julia Engelhardt
- Karin Franke
- Gunda Gerstenmeyer
- Florian Janik
- Heiko Kremer

- Ursula Lanig
- Heide Mattischeck
- Gisela Niclas
- Wolfgang Niclas
- Alfred Opitz
- Barbara Pfister
- Helmut Pfister
- Rosi Pfister
- Gertrud Reich-Schowalter
- Andreas Richter
- Dieter Rosner
- Jo Städtke
- Robert Thaler
- Hans Wachter
- Karin Wachter
- Monika Wendler
- Hartmut Wichert
- Dirk Goldenstein (Ersatz)
- Rolf Schowalter (Ersatz)

Internationaler Frauentag 2009

Einladung zum Frauenempfang

Sonntag, den 8. März 2009, ab 11 Uhr

Volkshochschule Erlangen, Friedrichstr. 17, Großer Saal

Sehr geehrte Frauen, liebe Genossinnen, liebe Freundinnen, vor 90 Jahren konnten die Frauen in Deutschland erstmals von ihrem lang und hart erkämpften Wahlrecht Gebrauch machen. Dennoch ist die Gleichstellung in unserem Land noch immer keine Selbstverständlichkeit. Noch immer herrschen Ungerechtigkeit bei Bezahlung, beruflicher Förderung und gleichen Aufstiegschancen für Frauen. Ein wirksames Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft ist überfällig.

Begrüßung:

Gisela Niclas, stellvertretende Vorsitzende SPD-Unterbezirksvorstand

Grußwort:

Martina Stamm-Fibich, Betriebsrätin, Kandidatin für den Deutschen Bundestag

„Freiwillig ist nicht genug!“

Renate Schmidt, MdB, Bundesministerin a.D.

Musikalische Gestaltung:

Sandra Ruß und Martina Switalski

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen und Euch den internationalen Frauentag 2009 gemeinsam zu feiern. Nach dem Programm besteht wie immer Gelegenheit zu Begegnung und Gespräch bei Sekt, Saft und Selters. Damit wir besser planen können, bitten wir um Rückmeldung.

Gisela Niclas
stellv. Unterbezirksvorsitzende

Gabriele Dorn-Dohmstreich
AsF-Unterbezirksvorsitzende

Wirtschaftspolitischen Arbeitskreis

Wir treffen uns am

**Mittwoch, 11. März,
20.00 Uhr im August-
Bebel-Haus.**

Thema: Die Macher hinter den Märkten – Strategien der Finanzkonzerne
Impulsreferat von Wolfgang Schwer-
na

Literatur: Jörg Huffs Schmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, VSA Verlag, Kapitel 2 (Das Buch dient als Grundlage und Gliederung für die weitere Diskussion)

Weiterer Termin zum Vormerken.

- Mittwoch, 22. April, 20.00 Uhr

Alle, die mitdiskutieren wollen, sind herzlich willkommen. Bitte wegen der Grundagentexte kurz melden.

Für den AK
Dieter Rosner
Telefon 50 24 81
dieter.rosner@fen-net.de

Topmanager, Sozialdemokrat und Vorbild

Dr. med. h.c. Werner Maly wird 75

In Zeiten, in denen landauf, landab und überwiegend zu Recht Managerschelte geübt wird, ist es wichtig, auch von Vorbildern zu sprechen. Werner Maly, der am 18. März 2009 seinen 75. Geburtstag feiern kann, ist ein solches Vorbild, als engagierter Mitbürger und Sozialdemokrat ebenso wie als ehemaliger Topmanager.



UB-Med-Bereichsvorstand Werner Maly (Mitte) und OB Dietmar Hahlweg (links) verabschieden am 16.12.1991 den Transport von zwei je 35 Tonnen schweren (Foto: Erlanger Nachrichten, Archiv)

Werner Maly stammt aus einer traditionell sozialdemokratischen Familie – schon Großvater und Vater waren vor der Nazizeit für die SPD im Nürnberger Stadtrat. Als Werner Maly im März 1934 geboren wird, sitzt sein Vater als politischer Häftling im Konzentrationslager Dachau ein. Gleich nach Kriegsende engagiert sich die ganze Familie Maly wieder in der Arbeiterbewegung. Werner tritt mit seinen beiden Geschwistern in die sozialistische Jugend „Die Falken“ ein, die Eltern sind in Partei und Arbeiterwohlfahrt aktiv.

1952, gerade von einem einjährigen Schüleraustausch in den USA zurückgekehrt, wird Werner Maly mit 18 Jahren Mitglied der SPD. Schnell ist er „Straßenvertrauensmann“ und leistet brave Basisarbeit, also kassiert Beiträge und verteilt Einladungen und Flugblätter.

1954 beginnt er mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn. Nebenbei jobbt er in der Fahrbereitschaft des deutschen Bundestages und wird Mitarbeiter der damaligen Bundestagsabgeordneten und späteren Familienministerin Käthe Strobel, seiner Tante. Wie er von sich selbst sagt, wurde in dieser Zeit sein politisches Weltbild besonders von Carlo Schmid, Fritz Erler und Helmut Schmidt geprägt.

Zurück in Nürnberg übernimmt Werner Maly wichtige Parteifunktionen: Er arbeitet im Parteiausschuss mit, leitet die Schiedskommission und wird in den siebziger Jahren zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterbezirks gewählt.

Werner Malys erstaunliche Siemens-Karriere beginnt 1960 bei den Siemens-Reiniger-Werken in Erlangen. 1977 geht er für Siemens 4 Jahre nach USA, und arbeitet danach drei Jahre in der Siemens Zentralabteilung Betriebswirtschaft in München. 1983 er kehrt an den Ausgangspunkt seiner Siemenslaufbahn, nach Erlangen, zurück und übernimmt hier zunächst die kaufmännische und später ab 1988 die Gesamtleitung des Bereiches medizinische Technik. 1989 wird er zudem in den Vorstand der Siemens AG berufen.

In dieser Zeit an der Spitze des traditionsreichsten Erlanger Siemens – Bereiches, der Medizintechnik – jetzt Medical Solutions – kommt dem Unternehmen, dem Großraum Nürnberg und besonders Erlangen die reiche Erfahrung zu Gute, die Werner Maly als Führungskraft der Siemens AG im In- und Ausland aber eben auch als politisch engagierter Mitbürger sammeln konnte.

So setzt er die beim „UB Med“ bewährte Tradition des guten Zusammenwirkens von Bereichsleitung und Betriebsrat auch in schwierigen Zeiten konsequent und erfolgreich fort. Er beteiligt sich engagiert an der Diskussion, wie die Wirtschaftskraft und das Image der Region nachhaltig verbessert werden kann. Und er ist offen für moderne Formen einer Public Private Partnership wie z.B. das von der Stadt zusammen mit der Audio-logischen Technik 1990 veranstaltete „Festival des Hörens“ oder der großartigen Hilfe mit zwei nicht mehr benötigten aber noch voll intakten Heizkesseln für ein Wohngebiet in Erlangens russischer Partnerstadt Wladimir.

1994 dann die Krönung der Karriere: Werner Maly wird als Personalvorstand und Arbeitsdirektor nach München in den Zentralvorstand berufen, also in das höchste Leitungsgremium der Siemens AG und gehört diesem bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1998 an.

■ **Von Dietmar Hahlweg**
Altoberbürgermeister der Stadt Erlangen



Werner Maly, Topmanager und Sozialdemokrat: Auch zu seinem 75. Geburtstag die Frage – was zeigen uns sein Lebensweg und seine Lebensleistung? Sie zeigen uns in vorbildlicher Weise, dass sich politisches Engagement, gerade auch politisches Engagement in der SPD, und erfolgreiches Wirken in der Wirtschaft nicht ausschließen. Im Gegenteil: In der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise offenbaren sich bei Teilen unserer Managergilde in teils beängstigender Weise soziale und gesellschaftli-



Werner Maly während seines Vortrags zur Finanzkrise im Februar 2009

che Defizite. Und damit wird offenkundig, dass es den Unternehmen nützt, wenn Führungskräfte wie Werner Maly neben der unternehmerischen Kompetenz auch über Erfahrungen und Einsichten in die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge verfügen; und diese werden nun mal über politisches Engagement besonders gut vermittelt. Es war gut für Siemens – und es ehrt den damaligen Vorstandsvorsitzenden Dr. Plettner, dass er den zeitweise spürbaren Bestrebungen, den Aufstieg des ausgewiesenen Sozialdemokraten Werner Maly im Unternehmen zu bremsen, mit einem Machtwort ein Ende setzte.

Lieber Werner, Du bist für uns als Topmanager und als Sozialdemokrat ein ermutigendes Vorbild. Für dieses Vorbild, Deine Lebensleistung und Deine Treue danken wir Dir von Herzen. Alles, alles Gute zu Deinem 75. Geburtstag.

Empfang zum 65. Geburtstag von Robert Thaler

Laudatio von Florian Janik

Liebe Gäste, liebe Barbara, jetzt ist es also mein Job, Dich, lieber Robert, unser Weihnachtsgeburtstagskind nachträglich in einer kleinen Laudatio zu würdigen. Ich darf dies stellvertretend für viele Deiner Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde sowie Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter tun.

Lieber Robert, zwischen uns beiden liegen ja doch ein paar Jahre und ich bin kein besonders begabter Historiker. Du hast deswegen sicher Verständnis, wenn ich im Folgenden wenig über Deine Kindheit erzähle. Wirklich nur einmal möchte ich den „gebürtigen Thüringer aus Rudolstadt“ erwähnen – schließlich kann niemand etwas dafür, wo er geboren ist.

Für mich ist Robert ein echter Erlanger. Und deswegen rede ich heute lieber von Robert in Erlangen.

Die Komotauer Straße war und ist Robert Thalers Lebensmittelpunkt. Und von dort aus arbeitet Robert in jungen Jahren tatkräftig an seiner schulischen und beruflichen Karriere.

Er besucht die Rückertschule und macht am Ohm seine Mittlere Reife. In der Siemens-Sport Arena in der Nachbar-

schaft spielt er Feldhandball und Fußball, und schwelgt – nehme ich mal an – als 11-jähriger vor Freude über das „Wunder von Bern“ und entdeckt mit 16 Jahren seine Leidenschaft für das Tanzen.

Auch in beruflicher Hinsicht geht er den Dingen stets auf den Grund. Er macht eine Lehre als Maurer, um die Arbeit auf dem Bau von der Pieke oder besser von der Spachtel auf zu lernen, mit dem Ziel vor Augen, Ingenieur zu werden.

Das „Selber-mit-Anpacken“ war ihm noch nie fremd. Eine – insbesondere für andere – liebenswerte Eigenschaft.

Nach der Gesellenprüfung geht's zum Ohm-Polytechnikum nach Nürnberg, und am 1. März 1968 tritt er beim Universitätsbauamt Erlangen als frischgebackener Bauingenieur seinen Dienst an. 40 Jahre hat er dort bis zur Pensionierung im letzten Dezember gearbeitet und die Entwicklung und den Aufbau des Universitätsstandortes Erlangen mitgestaltet.

In diese Zeit fallen wichtige Weichenstellungen an der FAU und daran hast Du deinen Anteil, auch wenn den Ruhm meistens andere einfahren.

Brecht hat das in seinem Gedicht über den lesenden Arbeiter so formuliert:

■ Von Florian Janik

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



Wer baute das siebentorige Theben

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt? (...)

So viele Berichte,

So viele Fragen.

Als Ingenieur gehört Robert zu einer Berufsgruppe, die in der Regel nicht gerade berühmt dafür ist, „so viele Fragen“ zu stellen.

Anders unser Jubilar: Er engagiert sich in der Gewerkschaft und wird Vorsitzender des Personalrates.

Natürlich lässt ihn auch der Sport nicht ruhen. Robert wird auch Vorsitzender im Tanzturnierclub Erlangen. Er engagiert sich für den Bau des Tanzsportzentrums und aus 151 Mitgliedern werden unter seiner Führung 400. Um dieses Know-How beneiden dich vor allem die anwesenden Vertreter der Parteien.

1972 schließt er mit seiner Barbara den Bund fürs Leben. Lieber Robert, aus Liebe und so, ganz klar und keine Frage. Aber sei ehrlich. Ganz ohne Hintergedanken hast du diesen Schritt nicht gemacht. Wenn man als Freizeitsportler erschöpft und mit kleineren Blessuren nach Hause kommt, dann tut es sehr, sehr gut – und ich weiß wovon ich rede – wenn man eine Krankengymnastin daheim hat, die die Wunden pflegen kann.

Euer Sohn Ulf wird 1975 geboren. Die nächsten 6 Jahre sind in der Aktiv-Biografie des Vaters, etwa ganz der moderne Mann, eher unauffällig, aber dann – 1981 wird Robert zum Vorsitzenden des Stadtverbandes der Erlanger Sportvereine gewählt.

In Erlangen regiert Oberbürgermeister Hahlweg. Dein Herz schlägt auch links und gemeinsam werden viele neue Aktivitäten entwickelt: Tage des Sports, der Stadtstaffellauf, Seniorensportfest. Wie immer kommt es Dir dabei nicht auf das Zuschauen, sondern auf das Mitmachen an.

Seit über 27 Jahren ist Robert nun Vorsitzender des Sportverbandes. Die Ent-

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im März Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.03. Hans Scheyer
71 Jahre

04.03. Häusler, Reinhilt
65 Jahre

09.03. Adi Albrecht
75 Jahre

13.03. Angela Zeus
50 Jahre

14.03. Heinrich Merkel
83 Jahre

16.03. Georg Dittrich
78 Jahre

16.03. Fritz Halbmeyer
89 Jahre



18.03. Werner Maly
75 Jahre

25.03. Anni Ramming
71 Jahre

wicklung des Breitensports in unserer Stadt ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Als erster Erlanger hast Du 1994 das „Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt“, direkt aus der Hand des Bayerischen Ministerpräsidenten erhalten. Das ist lange her und das war dann damals der äh- wie hieß der doch gleich noch mal – äh, ach ja, der äh, ach sie wissen schon, wen ich meine.

Ein bisschen habe ich mich dann doch als Historiker betätigt. Und bei meiner Recherche bin ich auf ein Foto von Robert in den Erlanger Nachrichten gestoßen. Auf dem Foto ist er dabei, eine Leiter hinaufzusteigen bei der Vorbereitung einer Sportveranstaltung. Die Bildunterschrift lautet: „Robert Thaler,...einer, der auch immer selbst mit anpackt“.



Florian Janik und Dieter Rosner gratulieren Robert Thaler (Foto: Bernd Böhner/EN)

Und so kennen wir ihn bis heute: Als einen, der die Dinge selbst in die Hand nimmt. So habe ich dich auch kennengelernt, als ich in deinen Distrikt Süd gezogen bin und wir eines der Sommerfeste am Spielplatz in der Komotauerstr. vorbereitet und gefeiert haben. Und auch als Kreisvorsitzender unserer Partei war es für dich immer selbstverständlich – ganz der Maurer – mit anzupacken und erst danach den Anzug überzustrreifen und die Festrede zu halten.

Aber Moment. Nochmal einen Schritt zurück. Es ist eigentlich logisch, dass so viel Engagement und Tatkraft nicht im Verborgenen bleiben. 1987 überzeugt Dietmar Hahlweg, wie immer auf der Suche nach gutem Personal, dich und Du trittst in die SPD ein.

Es rief also die Krönung des Ehrenamtes – die Politik im Erlanger Stadtrat. Nach dem Nachrückten 1995 hast du dich mit vollem Engagement eingebracht. Deine langjährigen Erfahrungen und Kenntnisse in Sport und Ehrenamt, gepaart mit Deinem beruflichen „Know how“ machten Dich schnell zu einem kompetenten

Gesprächspartner für die Bürgerinnen und Bürger und die Funktionsträger in den Vereinen und Verbänden.

Das ist eigentlich schon Arbeit genug. Trotzdem hast Du nach der Kommunalwahl 2002 in einer für die SPD schwierigen Zeit Verantwortung übernommen und bist zum Kreisvorsitzenden gewählt worden.

Unserer Partei bläst der Wind seit geraumer Zeit scharf ins Gesicht. Viele Menschen sind mit der Politik der SPD unzufrieden.

Sich den Enttäuschungen und Zweifeln der Menschen zu stellen, gleichzeitig aber auch Perspektiven zu entwickeln, Überzeugungsarbeit zu leisten, das ist keine leichte Aufgabe. Das bedeutet viel Arbeit. Du hast diese Arbeit nie gescheut und stets gemeistert.

Nach Deinem Verständnis muss sich politische Programmatik am alltäglichen Leben, am Interessen der Menschen orientieren – und nicht umgekehrt. Die SPD muss ihr Potential und das der Menschen, die für sie stehen, nutzen, schreibst Du im aktuellen SPD-Monatspiegel.

Die aktuelle Politik macht es Dir und vielen von uns dabei nicht einfach, diesen Kurs zu halten, weil leider nicht klar ist, wohin die Reise bundespolitisch eigentlich geht.

Und dabei könnte es die Zeit der SPD sein. Die Dominanz des neoliberalen Globalisierungsmodells wird mangels Erfolgen zunehmend in Frage gestellt. Die Folgen des globalisierten Kapitalismus, die die Gesellschaften spalten und die auf Dauer die natürlichen Lebensgrundlagen zerstören, sind in der Wirtschafts- und Finanzkrise in die Kritik geraten. Die SPD könnte diese Chance nutzen, aber dazu wäre es wichtig, den einen oder anderen Fehler auch einzugestehen. Dabei Mitzuwirken die Überwindung des neoliberalen Einheitsdenkens, das die letzten Jahre geprägt hat, ist die wichtigste Aufgabe unserer Zeit.

Es wäre jetzt die Aufgabe der SPD die soziale Frage wieder zu stellen. Dann können wir das Ziel auch erreichen, die solidarische Mehrheit der Gesellschaft politisch zu mobilisieren.

Gerade die aktuellen Turbulenzen zeigen, dass unsere alten Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität immer noch aktuell sind.

Oder um es mit Obama zu sagen: Als Konsequenz aus Gier und Unverantwortlichkeit - und ich füge hinzu aus falsch verstandener Freiheit - aber auch weil wir

es als Kollektiv versäumt haben, Entscheidungen zu treffen stecken wir heute in der wirtschaftlichen Krise. Aber die Zeit, in der nur individuelle Interessen geschützt und Entscheidungen verzögert wurden, diese Zeit ist vorbei.

Lieber Robert, wir wissen, dass wir dabei mit Dir einen langjährigen, solidarischen Mitstreiter an unserer Seite haben der sich keine Mühe scheuend für die Grundwerte unserer Partei einbringt und aufarbeitet.

Wir alle gönnen dir die Freiheiten des Ruhestands. Die Kreuzfahrt nach Ägypten war da bestimmt ein guter Einstieg.

Aber lieber Robert, auch wenn Du dich in Zukunft etwas zurückziehst, und da spreche ich vor allem als Fraktionsvorsitzender: Wir brauchen Dich noch, und noch lange!

Im Sport ist immer was zu tun, aber gerade in deinem Herzensthema der Stadtplanung, liegt in Erlangen noch viel im Argen. Ich wünsche Dir und uns, dass die Zeit in der die Interessen von einzelnen Investoren bei der Stadtplanung be-



Robert Thaler bedankt sich für die Glückwünsche (Foto: Saskia Coerlin)

rücksichtigt werden und der Mensch nur am Rand und nicht im Mittelpunkt steht auch wieder zu Ende geht. Damit wir das erreichen brauchen wir Dich, deine Erfahrung und deine ganze Tatkraft.

Heute aber danken wir Dir für dein Engagement, für die Zeit Deines Lebens, Eures Lebens, das Du, das Ihr, uns widmet.

Lieber Robert, noch einmal herzlichen Glückwunsch und alles Gute zum Geburtstag und vor allem Freundschaft!

Haushaltsberatungen 2009 – ein Drama in fünf Akten

Rede zur Verabschiedung des Haushalts in der Stadtratssitzung vom 29.1.2009 Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bedanken: Zum Einen beim Kämmerer für die offene und gute Zusammenarbeit. Es ist nicht selbstverständlich, dass trotz mancher unterschiedlicher Einschätzungen im Detail über die Parteigrenzen hinweg ein solcher Diskussionsprozess möglich ist und auch gewollt wird. Herr Beugel, herzlichen Dank! Zum Anderen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmererei, die es dieses Jahr besonders schwer hatten: Nicht nur die Haushaltsberatungen waren zu bewältigen, sondern gleichzeitig die Umstellung auf den neuen doppischen Haushalt. Auch wenn es für uns Stadträte - und nebenbei bemerkt - auch für eine ganze Reihe der Amtsleiter mit dem neuen Zahlenwerk nicht so ganz einfach gewesen ist, wir bedanken uns bei den Herren Knitl, Hauer, Schmied und Sponsel für ihre Arbeit, ohne die unsere Beratungen gar nicht möglich gewesen wären.

Und jetzt sind sie also doch am vorläufigen Ende angekommen, die Haushalts-

beratungen 2009. Nach langem hin und her haben sich die Mehrheitsfraktionen, so scheint es, auf ein Haushaltskonzept geeinigt. Die Haushaltsberatungen 2009 waren ein Drama, eine Tragödie in fünf Akten. Erinnern sie sich:

Akt 1: September 2009: Der Kämmerer betritt die Bühne

Vor ziemlich genau vier Monaten malte der Kämmerer den Haushalt in gewohnt düsteren Farben: Der Haushaltsentwurf sei nicht ausgeglichen, die Rücklage müsse komplett verbraucht werden, eine ganze Reihe von Investitionen seien dabei noch gar nicht enthalten und die zusätzlichen Personalstellen seien auch noch nicht berücksichtigt. Vor allem den Besitzern eines Theaterabos kam die Sache doch ziemlich bekannt vor. Sollte sich der Standardverlauf der Haushaltsberatungen auch in diesem Jahr wiederholen? Die ganze Zeit ist kein Geld da und am Schluss doch alles nicht so wild?

Und tatsächlich, wie gewohnt ging es weiter. Im Oktober schon kam das erste Aufatmen, die Schlüsselzuweisungen sind

■ Von Florian Janik

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion



doch ein paar Millionen Euro höher als gedacht und die Sorgenfalten auf der Stirn des Kämmerers schon etwas weniger tief. Die ersten Abobesitzer fielen schon in ihren Theaterschlaf: Ok alles wie immer.

Doch dann, der

Akt 2: Die Tragödie nimmt ihren Lauf

als die FDP die Bühne betritt und all die Dinge in Frage stellt, für die sie bis März noch Wahlkampf gemacht und auch danach noch die Hand gehoben hatte. Die Sanierung der Bäder standen plötzlich wieder zur Disposition, die Schulsanierungen auf der Kippe. Der Grund: Die Neuverschuldung wollte die FDP nicht mittragen, obwohl jedem mit finanzpolitischem Sachverstand klar gewesen sein musste, dass die versprochenen Investitionen ohne Neuverschuldung nicht zu machen sind. Der Zoff in der Rathauskoalition war spürbar. Entsprechend verliefen auch die Ausschussberatungen: Da sich CSU und FDP nicht einigen konnten, wurden alle wichtigen Entscheidungen vertagt. Bis zum

Veränderungen beim Elterngeld

Liebe Genossinnen und Genossen, Etwas Gutes besser machen! Das Bundeselterngesetz wurde überarbeitet.

Ab Februar können auch Großeltern unter bestimmten Bedingungen in (Groß)elternzeit gehen.

Am 24. Januar 2009 ist das neue Bundeselterngesetz und Elternzeitgesetz (BEEG) in Kraft getreten. Damit ist das Elterngeld in Zukunft flexibler und besser auf den Bedarf der Eltern abgestimmt.

So können sie freier als bisher entscheiden, wer wann wie lange das Elterngeld bezieht und diese Entscheidung auch, aber nur einmal, ändern.

Bei minderjährigen Eltern oder Eltern, die noch in Schulzeit oder Ausbildung sind, können zukünftig auch die Großeltern Elternzeit in Anspruch nehmen. Sie können eine „Großelternzeit“ beantragen.

■ Von Renate Schmidt

Bundestagsabgeordnete, Bundesministerin a.D.



Künftig müssen Vater oder Mutter mindestens zwei Monate aus dem Job aussteigen, um Elterngeld zu bekommen.

Damit haben Väter es leichter, gegenüber ihrem Chef eine längere Elternzeit zu begründen und ihre Bindung zu dem neuen Erdenbürger wird intensiver.

Ich freue mich, dass das Elterngeld, das ich noch konzipiert habe und das meine Nachfolgerin umgesetzt hat, ein so großer Erfolg ist.

Die jetzt beschlossenen Verbesserungen werden dafür Sorge tragen, dass dieser Erfolg anhält.

3. Akt: Als der Oberbürgermeister eingreift

und in die Offensive geht. Mit Keynes – und heute sogar mit Marx – im Rücken weiß er die besseren Argumente auf seiner Seite und macht sich in der sich abzeichnenden Krise für ein deutliches Mehr an Investitionen stark, selbst wenn das eine höhere Neuverschuldung zur Folge haben sollte. Die Kenner von Tragödien wussten aber gleich: Das ist, zwar etwas früh im dritten Akt, nur das retardierende Moment, das zu jedem guten Drama gehört und wurden auch sogleich bestätigt. Der im Dezember vorgesehene Haushaltsbeschluss wurden mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten verschoben, der Oberbürgermeister ausgebremst. Als wären die Eckdaten des Haushaltes heute wesentlich solider. Nix war's mit Keynes.

Anstatt in einer drohenden Krise mutig gegenzusteuern, haben die Mehrheiten im Rathaus sich ein weiteres Mal in die Vertagung gerettet um ihren Zwist über die Weihnachtsfeiertage auszutragen.

Und heute schließlich, der

4. Akt: Etat 2009, Teil I

Der vorliegende Entwurf macht das ganze Schlamassel einer Rathausmehrheit deutlich, die sich zwar noch einmal zusammengerauft hat, aber nicht so richtig genau weiß, wo sie eigentlich hin will. Die SPD-Fraktion hat auch in diesem Jahr ein durchfinanziertes Konzept zu den Haushaltsberatungen vorgelegt mit den Schwerpunkten Bildung, Nachhaltigkeit und Soziales.

Dass unsere Vorschläge nicht völlig abwegig waren und sind, zeigen die Beratungsergebnisse: Zwanzig unserer Anträge wurden angenommen. Nicht immer haben nur wir die Anträge gestellt und nicht immer wurden sie in der von uns beantragten Höhe beschlossen, aber immerhin. Einen Sozialbericht wird es im nächsten Jahr geben, das Freizeithaus in Dechsendorf wird renoviert, der Jugendtreff in der Innenstadt am E-Werk wird zumindest geplant, die Mittel für private Energiesparmaßnahmen aufgestockt, Sonderprojekte an den Hauptschulen durchgeführt, Personal für den Bau zusätzlicher Kindertagesstätten eingestellt, eine Familienhebamme bei einem freien Träger bezahlt und zahlreiche Vereine und Initiativen erhalten höhere Zuschüsse auf Grund unserer Anträge.

So sehr wir uns auch über diese Erfolge freuen, unsere Kritik an zentralen Defiziten des Etats 2009 bleibt bestehen:

Erstens: Sie verweigern sich nach wie vor einer wirklichen Sanierung des Haushalts. Sie reden zwar viel von solider Haushaltspolitik, tun aber das genaue Gegenteil. Von einem deutlichen Überschuss im Verwaltungshaushalt oder auch im dop-pischen Ergebnishaushalt, also bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben, ist der städtische Haushalt weit entfernt. Weil in den nächsten Jahren große Investitionen auf die Stadt Erlangen zukommen, die Geldquelle Röthelheimpark versiegen wird und die von der CSU ins Konjunkturpaket leider hinein verhandelte Steuersenkung den Erlanger Haushalt belasten wird, werden diese nur über Investitionskredite zu finanzieren sein. Daher wäre ein solcher Überschuss notwendig, um die Zinszahlungen leisten zu können. Auch beschließen Sie heute fast 30 neue Stellen bei der Stadt, die einen deutlichen

Anstieg bei den Personalausgaben zur Folge haben werden, der uns in den nächsten Jahren viel Geld kosten wird. Wir zweifeln nicht daran, dass dieses Personal auch notwendig ist, denn wir wissen, dass mit den Investitionen in die Schulen oder in die Kitas viel Verwaltungsarbeit verbunden ist. Wir kritisieren aber ihre Weigerung, die Einnahmeseite zu stärken. Denn damit sind die nächsten Lücken im Haushalt vorprogrammiert. Vorschläge dazu haben wir gemacht. Ich nenne exemplarisch die Gewerbesteuer oder die Zweitwohnungssteuer.

Zweitens: Sie verweigern sich wichtigen Projekten und Investitionen in unserer Stadt. Auch hier gilt: Geredet wird viel, aber das Handeln bleibt aus. Wir haben daher für die heutige Sitzung exempla-

risch für unsere Kritik drei Anträge erneut gestellt.

Erstens zum Thema Bildung – dem Megathema des Oberbürgermeisters für diese Wahlperiode. Und mit Bildung, Herr Oberbürgermeister, da meinen wir nicht die Sanierung von Schulen. Das ist zwar auch wichtig, aber sanierte Schulhäuser sind nur eine notwendige, aber eben noch keine hinreichende Bedingung für gute Bildung. Die SPD-Fraktion versteht unter kommunaler Bildungspolitik mehr. In den Unterlagen des Bildungsrats kann man nachlesen und auch auf der Bildungsmesse konnte man sehen, dass gute Bildung vor allem etwas mit den Bildungsinhalten zu tun hat. Und die wird von Personen gemacht. Wenn Ihnen das Thema wirklich so wichtig ist, warum verweigern Sie sich



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Mörendorfer Str.1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragsätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 4 32 26 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

dem Ausbau der Schulsozialpädagogik und der personellen Stärkung der Bildungsarbeit des Ausländerbeirats?

Zweitens zum Thema Soziales – dem Jahresmotto des Beirats der Erlanger Agenda 21, dessen Vorsitzender sie sind. Armut ist auch in Erlangen ein Thema. Wir schlagen daher erneut eine Reihe von Maßnahmen vor: Eine Anhebung der Leistungen der Sozialhilfe und mehr Mittel, um Arbeitslosengeld II- und Sozialhilfeempfängern in Härtefällen schnell und unbürokratisch helfen zu können. Die Einführung des Erlangen Passes, um allen Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, eine aktive Teilhabe am kulturellen und sportlichen Leben der Stadt zu ermöglichen.

Drittens zum Thema Nachhaltigkeit und Gesundheit – der Einstieg in die Sanierung des Freibades West, der Bau des Hallenbads und ausreichend Mittel, um mit der Sanierung des Dechendorfer Weihers endlich einen Schritt voranzukommen. Sie wissen ebenso gut wie wir, dass die Technik im Freibad West marode ist und mit etwas Glück gerade noch die kommende Freibadesaison überstehen wird. Deswegen müssen wir jetzt handeln. So steht es ja nicht zuletzt in ihren Wahlprogrammen.

Weil wir nicht davon ausgehen, mit unseren Anträgen Erfolg zu haben und weil sie auch nur exemplarischen Charakter haben, wird die SPD-Fraktion dem Etat 2009 nicht zustimmen.

Aber es gibt ja in wenigen Wochen eine neue Chance, den

5. Akt: Etat 2009, Teil II

Herr Dr. Balleis und Frau Aßmus. wir sind uns einig bei dem Umgang mit dem Konjunkturpaket II. Ich hoffe, dass dieser Konsens auch erhalten bleibt, wenn es ernst wird. Das Konjunkturpaket II der Bundesregierungen ist die Chance für Erlangen, Investitionsprojekte umzusetzen. Es ist sinnvoll, die genauen Förderrichtlinien abzuwarten und dann einen Nachtragshaushalt im Stadtrat zu verabschieden. Für die SPD-Fraktion ist bereits heute klar: Wir müssen alles daran setzen, so viele Investitionen wie möglich in diesem Paket unterzubringen. Es liegt auf der Hand, dass diese Investitionen den Etat belasten werden und das heißt weitere Neuverschuldung. Aus unserer Sicht ist das auch notwendig und vernünftig. Viele haben es noch nicht verstanden: Die Frage ist nicht, ob die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren Defizite machen, sondern ob wir jetzt Gegensteuern oder

hinterher mit neuen Schulden die Krise ausbaden. Die Kommunen müssen gerade in Zeiten der sich immer deutlicher abzeichnenden Krise Verantwortung übernehmen und die Nachfrage stärken. Dies sichert Aufträge für das Handwerk und die Betriebe in der Region und damit Arbeitsplätze und damit auch den Umsatz im Einzelhandel. Mit den gelockerten Vergaberegeln haben wir aber auch die Pflicht darauf zu achten, dass nicht diejenigen Betriebe von dem Konjunkturpaket profitieren, die Dumpinglöhne bezahlen. Auch wird wichtig sein, dass die Stadt bei der Umsetzung nicht trickst. Damit das Konjunkturpaket wirklich wirkt, müssen es zusätzliche oder zumindest vorgezogene Projekte sein, die angepackt werden. Ansonsten profitiert zwar der städtische Haushalt von den Mitnahmeeffekten des Konjunkturpakets, die Konjunktur aber nicht. Die SPD-Fraktion hält aus diesen Gründen für den Nachtragshaushalt eine Neuverschuldung von mindestens 8 Millionen Euro für erforderlich. Das entspricht dem Volumen des Haushaltsentwurfs des Kämmerers und sind 3 Millionen Euro mehr, als im heutigen Beschluss vorgesehen. Es kann aber auch noch mehr werden, wenn es die Projekte und die zu erwartende Förderung hergeben. Aus unserer Sicht bieten sich für das Konjunkturpaket folgende Projekte an:

Zum Einen wäre das der Einstieg in den Kulturentwicklungsplan. Für die SPD von höchster Priorität ist dabei – und dabei

Herr Oberbürgermeister haben Sie unsere volle Unterstützung – der Umbau und die Renovierung des Frankenhofs zum „Haus der Bildung“ in dem die Jugendkunstschule, die Sing- und Musikschule – mittelfristig auch Teile der Volkshochschule – untergebracht werden und eine neue Kindertagesstätte entstehen kann. Eventuell sind im Rahmen des Konjunkturpakets sogar erste Schritte bei der Erweiterung des Stadtmuseums möglich. Gerade nach dem Trauerspiel um den Museumswinkel ist es umso wichtiger, dass in diesem Bereich endlich etwas vorangeht.

Zum anderen sehen wir im Bereich der Kindertagesstätten und der energetischen Gebäudesanierung (z.B. Schulen als Passivhäuser) und anderer Klimaschutzprojekte in Erlangen noch großes Potenzial. Die SPD-Fraktion ist deshalb sehr einverstanden mit der Behandlung unseres Antrags zum Konjunkturpaket. Wir erwarten mit Spannung die Vorschläge der Verwaltung und werden unsere eigenen in die Diskussion einbringen.

Und vielleicht wird ja auf diese Weise aus dem Drama der diesjährigen Haushaltsberatungen, die bislang einen eher tragischen Verlauf genommen haben, durch den Nachtragshaushalt doch noch eine Komödie mit einem „Happy End“. Eines aber darf vor dem Hintergrund der konjunkturellen Lage und der Verantwortung, die wir in den Kommunen für die Überwindung der Krise haben, auf keinen Fall daraus werden: eine Farce.

SozialErlangen 2009: Genug zum Leben? Hartz IV-Regelsätze in Erlangen

Auf Vorschlag des Beirats der Erlanger Agenda 21 hat der Stadtrat das Jahr 2009 unter das Motto „SozialErlangen“ gestellt. Grund genug für uns, aktiv zu werden. Die Debatte über die Höhe der angemessenen Unterstützung für bedürftige Menschen ist seit Verabschiedung der Hartz-Gesetze in aller Munde. Die Bundesregierung hat mittlerweile reagiert und die Regelsätze für Kinder- und Jugendliche angehoben. Ein erster Schritt, dem Weitere folgen müssen, erst recht nach dem eindeutigen Urteil des Bundessozialgerichtes.

Wie viel Geld und welche Rahmenbedingungen brauchen arme Menschen in der reichen Stadt Erlangen, um ihr Menschenrecht auf „gesellschaftliche Teilhabe“ angemessen wahrnehmen zu können? Um diese Frage zu diskutieren und

ihre Meinung und Anregungen aufzunehmen, laden wir herzlich ein

am Dienstag, 3. März um 19.00 Uhr in das „kleine Rathaus“, Schuhstraße 40

Besonders freut es uns, dass wir für Impulsreferate Frau Köhler (Diakonie Erlangen) und Knut Lehmann (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) gewinnen konnten.

Um die Veranstaltung besser planen zu können, bitten wir um Rückantwort an die Fraktion.

In der Hoffnung, Sie am 3.3. zu sehen, grüßen

Florian Janik

Gisela Niclas

Die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Folgen für den Standort Erlangen und seine Global Player

Manuskript des Vortrags auf der Kreismitgliederversammlung vom 12. Februar 2009

1. Nach dem Attentat auf das World Trade Center versorgt die US Notenbank unter Leitung von Alan Greenspan die USA Wirtschaft mit billigem Geld.

2. In den folgenden 6 Jahren entsteht in den USA ein Bau und Grundstücksboom. Die Häuserpreise steigen ununterbrochen an. Gleichzeitig werden Hypotheken in großem Umfang angeboten ohne Überprüfung der Finanzierungsmöglichkeiten des Kreditnehmers. In leicht abgeschwächter Form findet dieser Grundstücks- und Hauspreisboom auch in England und Spanien statt.

3. Für die Hypothekemakler und Hypothekenbanken besteht wenig Risiko, da sie die Hypothekenschuldverschreibung an Großbanken weiterverkaufen. Die Provisionen kassieren sie sofort. So entsteht eine große Anzahl von Hypotheken die eigentlich nicht oder nicht in vollem Umfang zurückgezahlt werden können. (Subprime) Erschwerend wirkt sich aus, dass die Zinsen nur für kurze Zeit fest sind und schon nach kurzer Zeit kräftig ansteigen

4. Nun beginnt eine verhängnisvolle Entwicklung. Die Banken fassen mehrere schlechte und gute Hypotheken zusammen, machen daraus ein Wertpapier, ein „Zertifikat“ und verkaufen dies weiter an andere Banken und an Kunden z.B. Pensionsfonds und Wertpapierfonds (CDO und CMO) und private Käufer. Später bündelten Sie Kredite aus Immobilien, Kreditkartenschulden, Flugzeugleasingverträgen u.a. zu einem CDO.

5. Hier kommen nun die sog. Rating-Agenturen aufs Schlachtfeld. Ihre Aufgabe ist es, die Kreditfähigkeiten von Schuldner, das können Firmen, Staaten und Einzelvermögen sein, zu schätzen. Die Kreditfähigkeit wird in mehrere Kategorien von A bis C eingeteilt: die Beste ist dreifach großes A (triple A) die niedrigste klein c minus. Da bei den gemischten Hypotheken die Einzelrisiken nicht erkennbar waren, wurden die Zertifikate nach der Bonität der herausgebenden Banken eingestuft und damit fast immer zu hoch.

6. Um die weitere Entwicklung zu verstehen, muss ich auf einige Finanzinstitu-

te eingehen die es in ihrer reinen Form nur in USA und England gibt: Investmentbanken, Hedgefonds und Private Equity Companies. Deutsche Banken, die solche Geschäftsarten betreiben, tun dies von London oder New York aus. Investment-Banken sammeln von Großanlegern, z.B. Pensionsfonds, Geld ein und investieren es in Großfusionen, zusätzlich betreiben sie Wertpapierhandel. Hedgefonds waren ursprünglich dazu da, bei mittleren und kleineren Firmen einzusteigen, diese zu sanieren und dann mit Gewinn zu veräußern oder an die Börse zu bringen. Sie setzten dazu das eingesammelte Eigenkapital und Kredite ein. Die Aufgabe der Private Equity Companies war, kleine innovative Firmen zu unterstützen und durch den Wertgewinn der wachsenden Firmen das eingesetzte Kapital zu erhöhen.

7. In der Gier nach immer höheren Gewinnen wurden immer größere und vor allem riskantere Projekte finanziert. Denn in der Finanz-Welt gilt ein eiserner Grundsatz: Hohes Risiko hohe Zinsen, also hohe Gewinnmargen, niedriges Risiko niedrige Zinsen. Die Gewinnziele wurden in der ganzen Welt immer höher z.B. 25% Eigenkapitalverzinsung bei der Deutschen Bank. Verbunden mit immer höheren zielgebundenen Vergütungssystemen für Vorstände und leitende Mitarbeiter entstand in der Finanzwelt ein Risikoverhalten, das schwer verständlich ist. Der Druck auf die Verkäufer von Wertpapieren an den Bankschaltern wurde immer höher. So wurden hochriskante Wertpapiere wie Zertifikate und Derivate auch an kleine Kunden verkauft. Aber auch die Kunden wurden von der Gier angesteckt. Tausende von Sparern haben ihr Geld nach Island gebracht um einige Prozent mehr Zinsen zu bekommen. Ab 2004 begann eine Spekulationsorgie. Man konnte auf alles spekulieren. Bei der Erwartung steigender Preise, Kurse, Währungen Kauf sofort Terminkontrakte. Der höhere Preis in der Zukunft würde den Kredit abdecken und einen Gewinn abwerfen. Bei der Erwartung sinkender Preis, Kurse, Währungen gab es Leer-Verkäufe. Man verkaufte z.B. Aktien, die man gar nicht

■ Von Werner Maly



hatte auf Termin. Zum Termin kaufte man mit niedrigerem Kurs ein, die Kursdifferenz war Gewinn. Gleichzeitig gebar die Finanzwelt neue Wertpapiere, die nichts anderes als Wertscheine waren z. B. Interest Ladder Swaps die auf fallende oder steigende Zinsen in Zukunft basierten. Im Wettlauf um immer höhere Gewinne wählten große Hedgefonds immer aggressivere Strategien. Sie kauften größere mittelständische Betriebe mithilfe großer Kredite, belasteten die Unternehmen mit diesen Krediten, machten Sondergewinnausschüttungen und brachten auf diese Weise eine Reihe von Firmen in die Pleite.

8. Ein wesentlicher Teil der riskanten Geschäfte waren kreditfinanzierte Firmenfusionen Was Henne und Ei ist, ist schwer zu sagen. Wollten die Firmen fusionieren, weil die Kredite relativ einfach zu bekommen waren, oder verführten die Finanzinstitute die Firmen, zu fusionieren. (Schaeffler- Conti mehr als 10 Milliarden Kredite) . Die ständige Ausweitung der Kredite und der Risiken führte zur Einführung eines neuen Wertpapiers, eines Derivats, das heißt einer Ableitung aus einem bestehenden Wertpapier. Die Investment Bank Morgan Stanly brachte sogenannte Credit Default Swaps in den Markt. Etwas vereinfacht dargestellt handelt es sich um die Verteilung des Kreditrisikos von Großkrediten. Das Risiko des Kreditausfall (Credit-Default) wird in Wertpapieren eingebracht, die man verkaufen kann. Damit wird das Risiko auf mehrere Schultern verteilt. Diese Papiere wurden ein Renner. Heute sind rund 60 Billionen Dollar von solchen CDS im Umlauf, das Vierfache des Bruttosozialprodukts der USA. Insgesamt hatte sich die Finanzwelt auf das tausendfache Volumen der realen Wirtschaft aufgebläht. Diese Blase musste platzen.

9. Es begann wieder in den USA: Dazu muss man wissen, dass die Amerikaner

keine Girokonten in unserem Sinne kennen. Sie kaufen über Kreditkarten ein und bezahlen die Kartengesellschaften oder die Firmen deren Karten sie benutzen aus ihren Bankkonten. Da jeder in Amerika ca. 10 Kreditkarten besitzt, ist die Übersicht schnell verloren und die Verschuldungsgefahr ist sehr sehr groß. Vor allem weil die Kreditkartenzinsen sehr hoch sind – bis zu 30%. So wurden z.B. Kreditkartenschuldner verführt, Hypothek auf ihr Haus aufzunehmen mit der Begründung: zahlen sie ihre Kreditkartenschulden mit der Hypothek zurück die Hypothekenzinsen liegen nur bei 10% (später steigend). Als im Frühsommer 2008 die Zahl der Zwangsversteigerungen von Häusern und Wohnungen immer mehr Platz in den Medien gewannen, bekamen es viele mit der Angst zu tun. Gleichzeitig stieg der Benzinpreis immer höher. Die Amerikaner begannen plötzlich keine großen Autos mehr zu kaufen und ihre Kreditkarteneinkäufe einzuschränken.

Zu diesem Zeitpunkt begannen die ersten gemischten Hypothekentitel zu platzen und die Aktien zu fallen. Damit wurde die Altersversorgung von Millionen Amerikanern gefährdet, was zu einer weiteren Kaufzurückhaltung führte. Die Finanzkrise war in der realen Wirtschaft angekommen.

10. Von Amerika und England breitete sich die Finanzkrise rasch über die ganze Welt aus. Da die Banken der ganzen Welt über den Zahlungsverkehr und gegenseitige kurzfristige Kredite verbunden sind, wurden mehr oder weniger alle von der Krise erfasst. Viele Großkredite wurden von mehreren Banken ausgegeben und mit den gleichen Wertpapieren finanziert. China lebte sehr stark vom Export nach den USA. Wie die meisten Amerikaner lebte auch der amerikanische Staat auf Pump. Das Zahlungsbilanzdefizit der USA aus dem hohen Import aus China und das Haushaltsdefizit wurde mit amerikanischen Schuldverschreibungen ausgeglichen. China hat heute mehr als eine Billion Dollar Forderungen an die USA, konnte sich aber doch nicht aus der Krise heraushalten, da der Export nach Amerika sehr stark zurückging. Dadurch wurden sehr viele kleine und mittlere Betriebe in China geschlossen. Millionen Wanderarbeiter wurden arbeitslos. China hat deshalb das nach den USA größte Konjunkturpaket von ca. 500 Milliarden Dollar aufgelegt. Russland finanzierte sich im wesentlichen durch den Export von Öl und Rohstoffen. Durch den Rückgang der stark überhöhten Preise für Öl und Metalle und den Men-

genrückgang durch die beginnende Rezession im Westen und in China ist dieser Geldstrom stark zurückgegangen. Dazu kommt, dass viele russischen Investitionen durch westliche Kredite finanziert wurden, deren Bedienung nun schwierig geworden ist. Auch Russland hat die Krise voll erwischt. Auch die Ölländer spüren den Preissturz für Öl, insbesondere Dubai. England und Spanien sind in der gleichen Situation wie die USA mit Banken und Baukrise. Deutschland war am Anfang nur von der Finanzkrise betroffen. Untersuchungen haben ergeben, dass deutsche Banken ca. 300 Milliarden sogenannter „toxischer Papiere“ in ihren Büchern haben, von denen bisher nur ca. 80 Milliarden abgeschrieben wurden. Im Dezember 2008 begann nun auch in Deutschland, besonders in der Autoindustrie und ihren Zulieferern der wirtschaftliche Rückgang.

11. Was ist an dieser Krise so anders und warum reagiert die Politik so heftig und werden weltweit so gewaltige Summen bereitgestellt?

Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg ist die Rezession wirklich global. Es gibt kein Land das als „Konjunkturlokomotive“ funktionieren könnte.

a. Eine wirtschaftliche konjunkturelle Rezession trifft auf eine Finanzkrise die

sich gegenseitig verstärken.

b. Es handelt sich um eine systemische Krise, da ein wichtiger Teil des Wirtschaftssystems – die Banken - mehr oder weniger funktionsunfähig sind. Das weltweite Bankensystem ist der Blutkreislauf der modernen Wirtschaft. Wenn der nicht richtig funktioniert, besteht Gefahr für alle Teile der Wirtschaft. Die wichtigste Aufgabe der Banken besteht in der Versorgung der Wirtschaft mit Liquidität. Dies geschieht überwiegend durch die Vergabe von Krediten. Unternehmen, besonders mittelständische, benötigen z.B. beim der Abarbeiten von Aufträgen Geld für Material- und Maschinenausrüstung, Großaufträge, die über längere Zeit laufen, müssen vorfinanziert werden. Bauherren brauchen Kredite usw. Gerade die Kreditvergabe ist aber für die meisten Banken sehr schwierig geworden. Im Bankensystem können sie sich keine Kredite mehr holen,

da keine Bank einer anderen Bank traut, da niemand wirklich weiß, wer wie viel verpfändete Papiere in der Bilanz hat, d.h. wie sicher die Bank ist, die sich Geld leihen will. Seit Lehmann Brothers weiß man ja, dass auch große Banken pleite gehen können.

Dazu kommt, dass bei vielen Banken, wenn sie ihre toxischen Papiere abschreiben, das Eigenkapital so reduziert wird, dass sie gar keine Kredite mehr geben können, weil die vom Gesetz vorgeschriebene Eigenkapitalquote unterschritten wird. Das ist auch der Grund für die Diskussion über eine sogenannte Bad Bank, eine schlechte Bank. Könnten die Banken ihre schlechten Papiere an eine Bad Bank abgeben, wären sie wieder fähig, Kredite zu vergeben und damit die Wirtschaft mit Liquidität zu versorgen. In USA und in Frankreich wird wohl so eine zentrale staatlich

finanzierte Bad Bank entstehen. In Deutschland will Finanzminister Steinbrück erreichen, dass die Banken jeweils ihre eigene Bad Bank gründen um die Banken nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Die Bankfinanzierung soll durch staatliche Bürgschaften, Darlehen oder Staatsbeteiligungen gesichert werden. In Schweden hat in den neunziger Jahren ein Verfahren mit einer zentralen Bad Bank bei einer ähnlichen Finanz-

krise gewirkt. Wegen der Bedeutung der Banken für die gesamte Wirtschaft sind die von vielen abgelehnten Milliarden für die Banken leider notwendig.

12. Wie konnte es zu einer solchen Lage kommen? Es gab durchaus seit einigen Jahren Warnungen. Die amerikanischen Wissenschaftler Krugmann und Roubini (genannt Dr. Doom = Dr. Weltuntergang) sagten diese Krise voraus. Helmut Schmidt warnte vor den Gefahren des Raubtierkapitalismus. Selbst aus dem Kreis der Spekulanten kamen Warnungen. Der Großspekulant Buffet nannte Credit Default Swaps Massenvernichtungswaffen. Genosse Steinbrück versuchte immer wieder schärfere Kontrollen für Investmentbanken und Hedgefonds auf den Finanzministerkonferenzen durchzusetzen. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Hiddensee versuchte die Bundesregierung das Thema auf die Agenda zu setzen. Es scheiterte



Werner Maly während seines Vortrags (Foto: Gertrud Reich-Schowalter)

immer wieder an den USA und England. In den USA wurden die Finanzkontrollen sogar noch vermindert. In der Bush Administration waren viele wichtige Positionen in der Finanzverwaltung durch ehemalige Mitarbeiter der Investmentbank Goldman Sachs besetzt. Der Finanzminister war vorher Chairman von Goldman Sachs. In England lieferte die Finanzindustrie den größten Beitrag zum Bruttosozialprodukt. Die „City“ of London lebte von der Finanzindustrie. Erst als die Krise weltweit ausbrach, wurde auf der Konferenz der 20 wichtigsten Staaten im November 2008 beschlossen, dass auf dem Sektor Finanzkontrolle etwas zu geschehen habe und eine Arbeitsgruppe beauftragt, Vorschläge bis März vorzulegen.

13. Was war der geistige Hintergrund dieser Entwicklung? 1776 veröffentlichte Adam Smith sein Buch über die „Wohlfahrt der Nationen“. Darin beschrieb er, wie die unsichtbare Hand des Marktes dazu führt, dass aus der Summe eigennütziger Handlungen einzelner Personen die besten Folgen für das Gemeinwohl werden. Die Neoliberalen Schule der Volkswirtschaft machte daraus die These, dass ein Markt der frei von jeglicher staatlichen Regelung ist, die besten Chancen für alle Beteiligten bietet und die beste Lösung aller wirtschaftlichen Probleme darstellt. Die Handlungen der Individuen können dabei durchaus eigennützig sein, der Markt wird es schon richten. Dabei hatte schon Adam Smith darauf hingewiesen, dass der Markt nur dann zum Wohle aller wirken kann, wenn er Regeln hat, die auf Ethik und Moral basieren. Unter dem Banner des Neoliberalismus zog sich der Staat immer weiter aus der Wirtschaft zurück und reduzierte auch die Regelung und Überwachung der Wirtschaft immer mehr. Die Folge war ein ungezügelter Gewinnstreben der am Finanzmarkt Beteiligten. Jede Möglichkeit, Gewinne zu machen wurde genutzt. In der angloamerikanischen Finanzindustrie begann der Einzug der Mathematik. In komplizierten mathematischen Formeln glaubte man jedes Risiko abschätzen zu können und kreierte immer neue Risikowertpapiere. Gleichzeitig begannen die Banken riskante Geschäfte durch sogenannte Zweckgesellschaften im Ausland, die nicht in den Bankbilanzen auftauchten, durchzuführen. Diese Auslandstochter gingen gewaltige Risiken ein und warfen damit in den ersten Jahren hohe Gewinne ab. Beispiel: Tochter DEPPA der Hyporealestate. Die Risiken schlugen aber mit Beginn der Kreditkrise auf die Mütter zurück. Die verantwortlichen Bankmana-

ger sicherten sich und ihren leitenden Mitarbeitern aus den hohen Gewinnen außerordentliche Einkommen. Die vertraglichen Boni an der Wallstreet für das Verlustjahr 2008 liegen bei über 18 Milliarden Dollar für einige tausend Mitarbeiter. Bei der Dresdner Bank betragen sie trotz eines Milliardenverlustes 800 Millionen Euro. Die Topmanager in der amerikanischen Finanzindustrie sind fast alle Milliardäre. In diesem Klima des ungezügelter Gewinnstrebens gab es dann noch Gauner, die das herrschende Klima zu echt kriminellen Handlungen nutzten. Beispiel: Madorff der einen Schaden von 52 Milliarden Dollar anrichtete. Den größten Einzelfall stellt die AIG dar, der Welt größte Versicherung. 152 Milliarden Dollar Steuergeld hat der amerikanische Staat an das Unternehmen überwiesen. Das entspricht dem Bruttoinlandsprodukt von Ungarn. Noch ist nicht sicher, ob das reicht. Aber es muss weiter geholfen werden, denn mit 379 Milliarden Dollar hängen auch europäische Banken über Credit Default Swaps am Schicksal der AIG. Möglich war das alles nur, weil es keine weltweite Regelung der Finanzindustrie gibt. Nicht der Markt hat versagt, sondern die Staaten, die sich bisher nicht auf eine selbst minimale Kontrolle der weltweiten Finanzindustrie einigen konnten. Helmut Schmidt hat in einem exzellenten Artikel der ZEIT vom 20. Januar 2009 6 Forderungen aufgestellt, die in der Zukunft solche Katastrophen verhindern könnten: In den nächsten Monaten wird die Wirtschafts- und Finanzkrise sich weiter entwickeln, sich vielleicht noch verstärken. Optimisten glauben, dass sich im zweiten Halbjahr 2009 eine leichte Verbesserung zeigen wird. Wissen kann das niemand. Die Konjunkturprogramme können die Wirtschaftskrise abmildern. Verhindern können sie sie nicht.

14. Was kann das für den Erlanger Raum bedeuten. Der größte Arbeitgeber in der Region – Siemens - ist, wie Herr Löscher sagte, strategisch gut aufgestellt, da er aus den weltweiten Infrastrukturprogrammen Aufträge erhalten dürfte. Nebenbei gesagt: diese strategisch gute Aufstellung entstand noch unter Kleinfeld und Pierer. Im Ingenieurbereich wird es wohl deshalb keine allzu gravierenden Auswirkungen geben. In der Produktion könnten Auswirkungen niedrigerer Aufträge zu lokaler Kurzarbeit und eventuellem Personalabbau führen. In den mittelständischen Betrieben hängt die Entwicklung u.a. von der Frage ab, in wie weit die Unternehmen für die Abwicklung von Aufträgen Kredite benötigen. Zwar ist die Sparkasse Erlangen

von der Kreditkrise nur leicht tangiert (Bayerische Landesbank) und wird den Mittelstand weiter mit Liquidität versorgen können. In wie weit der wirtschaftliche Rückgang zu Rückgängen bei den Aufträgen kommt ist aber nicht vorherzusehen. Ganz wird die Krise aber nicht an Erlangen vorbeigehen.

In einem Artikel der „Zeit“ stellt Helmut Schmidt 6 Forderungen auf, die die Politik an die Banken stellen soll:

1. Alle privaten Bankinstitute (inklusive Investmentbanken, Hypothekenbanken, Investment- und Pensionsfonds, Hedgefonds, Equity Trusts, Versicherungsgesellschaften usw.) und alle marktgängigen Finanzinstrumente werden derselben Banken- und Finanzaufsicht unterstellt.
2. Die Banken- und Finanzaufsicht legt für alle Branchen der privaten Finanzinstitute Eigenkapital-Minima fest.
3. Den Finanzinstituten werden jegliche Geschäfte außerhalb der eigenen Bilanz (und der Gewinn und Verlustrechnung) verboten und unter Strafe gestellt.
4. Allen Finanzinstituten wird bei Strafe der Handel mit solchen Finanzderivaten und -zertifikaten verboten, die nicht an einer anerkannten Wertpapierbörse zugelassen und notiert sind.
5. Es wird allen Finanzinstituten bei Strafe verboten, per zukünftigen Termin Wertpapiere und Finanzinstrumente zu verkaufen, die sie zur Zeit des Verkaufes nicht zu eigen besitzen. Damit wird die Spekulation auf fallende Kurse (Shortselling) erschwert.
6. Finanzeinlagen und Finanzkredite zugunsten solcher Unternehmen und Personen werden bei Strafe verboten, die rechtlich in Steuer- und Aufsichtsoasen registriert sind.

Zusatz zur Diskussion um die „Schuldenbremse“:

Die Gegner der Schuldenbremse, die ihrer Meinung nach die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt, beachten nicht, dass die Staatsverschuldung einen nicht zu unterschätzenden Teil der Umverteilung von Arbeitseinkommen in Kapitaleinkommen darstellt. Jedes Jahr zahlt der Bund schon heute 39 Milliarden Euro an die Besitzer von Bundesanleihen und Schatzbriefen. Das sind fast ausschließlich Kapitalbesitzer, die dadurch immer reicher werden. Bezahlt wird mit Mitteln aus der Lohnsteuer und Umsatzsteuer, die im Wesentlichen aus dem Arbeitseinkommen stammen.

Zur Diskussion zum Thema Hartz IV

Zugleich Bericht über die Distriktsversammlung des Distrikts West mit Otto Vierheilig und Antwort auf die Replik von Andreas Richter

Den Anstoß für diesen Beitrag gab zum einen eine längere, sehr informative Diskussion mit dem Genossen Otto Vierheilig, Leiter des Sozialamtes, bei der Versammlung des Distrikts West im Februar. Zum anderen geht er zurück auf eine Replik von Andreas Richter im Monatsspiegel Februar auf einen Beitrag von mir zur verlorenen Landtagswahl im Dezember-Monatsspiegel. Einerseits spiegelt der Beitrag in weiten Teilen die Diskussion im Distrikt wider, andererseits nutzt er die Gelegenheit, daneben auf Argumente von Andreas ein zu gehen.

Vorab noch einmal zur Ausgangslage: Das Nebeneinander von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe stellte einen Anachronismus dar, weil in beiden aus Steuermitteln finanzierten Systemen Arbeitslose oder gering Verdienende unterstützt wurden. Bei den arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehern handelte es sich u. a. um alleinstehende Mütter mit Kindern oder um Personen nach gescheiterter beruflicher Selbständigkeit oder um solche mit fehlender beruflicher Ausbildung, denen kein dauerhafter Einstieg ins Erwerbssystem gelang. Gemeinsamer Nenner für den Bezug war nicht die fehlende Arbeitsfähigkeit sondern das Nichterreichen der Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld.

Im Rahmen der Arbeitslosenhilfe bezogen langjährig Beschäftigte, die über längere Zeit arbeitslos wurden, zeitlich unbegrenzt Leistungen, die sich an der Höhe des vorher erzielten Einkommens orientierten. Die Sätze in der Sozialhilfe orientierten sich am Existenzminimum, frühere Einkommensniveaus blieben unberücksichtigt. Unter Gesichtspunkten der Gleichbehandlung von Menschen in gleicher Lebenslage war die Schlechterstellung der Sozialhilfebezieher ungerrecht und willkürlich. Außerdem gab es für die Sozialhilfebezieher keine flächendeckenden Aktivitäten, um sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

In seiner Reaktion auf meinen Beitrag verweist Andreas darauf, dass zusätzlich zu den Sozialhilfesätzen Zuschüsse für besondere Bedarfslagen gezahlt wurden und dass dadurch die optisch höheren Hartz IV-Sätze real keine Besserstellung

darstellen. Hierzu ist anzumerken, dass dieses Beihilfesystem zwei fundamentale Mängel hatte: zum einen waren dadurch Beihilfebezieher oft in der Bittstellersituation, jeweils war zu begründen, warum man Zuschüsse brauchte (z. B.: war der Wintermantel wirklich kaputt oder war der Küchenstuhl noch zumutbar usw.). Diese Situation vertrug sich in keiner Weise mit dem Leitbild des mündigen selbstverantwortlichen Bürgers. Zum anderen wurde dieses Beihilfesystem insgesamt willkürlich gehandhabt. Studien kamen zum Ergebnis, dass die Zuschusspraxis örtlich sehr unterschiedlich ausfiel und dass u. a. wegen des oft demütigenden Prozesses der Beantragung nur ein sehr begrenzter Teil der Sozialhilfebezieher tatsächlich Anträge stellte. Anteile von mehr als 25% der Berechtigten waren eher die Ausnahme. Wegen dieser Prozeduren gab es zahlreiche sogenannte „verschämte Arme“, die sich nicht trauten, als Bittsteller aufzutreten. Diese Situation war aus sozialpolitischer Sicht nicht akzeptabel.

Bei der Betrachtung der Leistungshöhe ist folgendes zu bedenken: Der Wegfall der Einzelzuschüsse wurde mehr als ausgeglichen durch einen deutlich höheren monatlichen pauschalen Aufschlag von über 60 Euro (von 280 auf 346 Euro). Dies gilt nicht in vollem Umfang für Familien mit Kindern, da für die Kinder reduzierte Pro-Kopf-Sätze in Hartz IV gezahlt werden. Die Verantwortung für die Verwendung dieses pauschalierten Geldes wurde in die Hände der Betroffenen gelegt. Bürokratische Festlegungen, wofür das Geld ausgegeben werden darf, entfallen. Spezifische individuelle Bedürfnisse können seitdem besser realisiert werden. Der Grundsatz „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ erhielt, wenn auch in engen materiellen Grenzen, ein größeres Gewicht.

Zusätzlich wird durch Hartz IV der früher in der Sozialhilfe übliche Mietzuschuss abgelöst durch die vollständige Übernahme der Miet- und Heizungskosten so weit sich die Wohnflächen sich im Rahmen der allgemein als akzeptabel eingeschätzten Vorgaben bewegen.

Für bisherige Sozialhilfeempfänger ergaben sich eher Verbesserungen durch

■ Von Gerd Peters

Vorsitzender des Distrikts West



Hartz IV, für Bezieher der Arbeitslosenhilfe ergaben sich teilweise nicht unerhebliche Verschlechterungen (Ausnahme: Arbeitslosenhilfebezieher, die früher ein eher niedriges Einkommen hatten und entsprechend niedrige Beträge aus der Arbeitslosenhilfe bezogen).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Zahl derer die durch Hartz IV besser gestellt wurden, (mehrheitlich die Sozialhilfebezieher) ähnlich groß ist wie die Zahl derer, die schlechter gestellt wurden (mehrheitlich Arbeitslosenhilfebezieher).

Es gibt zwei Phänomene, die im Widerspruch stehen zu der locker daher gesagten Floskel, dass durch Hartz IV alles schlechter wurde: der Mittelaufwand für Hartz IV ist deutlich höher als der rechnerisch sich ergebende Aufwand aus der Addition von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, erlag um über 30% höher. Außerdem hat sich die Zahl der Bezieher von Hartz IV deutlich erhöht. Die breite öffentliche Diskussion ermunterte offenkundig Menschen, die sich bis dato nicht trauten, Anträge zu stellen, diese Unterstützung für sich in Anspruch zu nehmen. In so weit stellt Hartz IV ein relativ breit akzeptiertes Mindesteinkommen für alle Bedürftigen dar. Für Rentner mit geringer Rente wurde einige Jahre vorher bereits analog eine Grundsicherung realisiert.

Natürlich kann man darüber streiten, ob es nicht angemessen wäre, die Hartz IV-Sätze strukturell zu erhöhen. Das Niveau der Absicherung stellt eine politische Entscheidung dar. Objektive Kriterien gibt es nicht.

Damit verbunden sind aber noch andere Probleme. Viele Arbeitnehmer beziehen aus Erwerbstätigkeit recht niedrige Einkommen, die teilweise unter Hartz-IV-Sätzen oder nur relativ wenig darüber liegen (Kopf-Pauschale + Miete + Heizung + Krankenkasse).

Weit über 500 000 Erwerbstätige beziehen gegenwärtig zu ihrem Lohneinkommen noch ergänzende Leistungen

aus Hartz IV. So lange nicht in allen Niedriglohnbereichen Mindestlöhne festgesetzt werden, die zu nennenswert höherem Einkommen als Hartz IV führen, gibt es Probleme der gesellschaftlichen Akzeptanz, da die Vorstellung breit verankert ist, dass ein Sozialeinkommen ohne Arbeit niedriger liegen soll als ein Einkommen aus Vollzeitberufstätigkeit. Politisch kann man dieses Problem nur durch flächendeckende Mindestlöhne einfangen.

Unabhängig von diesen eher grundsätzlichen strukturellen Problemlagen gibt es einen Überarbeitungsbedarf bei Hartz IV. Die Pauschalbeträge für Kinder wurden willkürlich niedrig angesetzt, diesbezüglich hat das Bundessozialgericht diese Festlegung jetzt dem Bundesverfassungsgericht zwecks Prüfung der Verfassungskonformität vorgelegt. Bei der Anrechenbarkeit von Erspartem als Teil der freiwilligen Altersvorsorge (Z. B. Lebensversicherung oder Wohneigentum) gab es zwar beim Übergang von Sozialhilfe zu Hartz IV eine deutliche Freibetragserhöhung, vieles spricht aber dafür, dass diese immer noch unzureichend ist.

Jährliche Anpassungen der Leistungshöhe wie bei anderen Sozialleistungen

auch würden die Akzeptanz erhöhen. Durch die gegenwärtig größeren zeitlichen Abstände entsteht der Eindruck, dass man sich jenseits des normalen sozialen Sicherungssystems befindet. Die Abwärtsspirale bei eintretender Arbeitslosigkeit war ursprünglich sehr heftig. Binnen eines Jahres konnte man, wenn man seinen Job verlor, in Hartz IV landen. Diese Frist wurde ausgehend vom Drängen von Kurt Beck, vormaligem Parteivorsitzenden, und der SPD-Bundestagsfraktion im letzten Jahr auf 18 Monate verlängert. Die Akzeptanz wäre sicher höher gewesen, wenn die Übergangsfristen für den Übergang insbesondere aus der Arbeitslosenhilfe in Hartz IV wesentlich länger gewesen wären. Lebensplanungen, ausgehend von altem Recht, dürfen in einem Sozialstaat nicht so abrupt wie geschehen über den Haufen geworfen werden. Eigentlich sollte jeder Bürger die Chance haben, sich längerfristig auf die Rahmenbedingungen für sein Dasein einzustellen.

Wir sollten die Diskussion darüber führen, wie Mängel von Hartz IV beseitigt oder gemindert werden können. Hartz IV stellt, gemessen an dem Zustand davor, aber einen strukturellen Fortschritt dar.

Linkes Forum in der Erlanger SPD

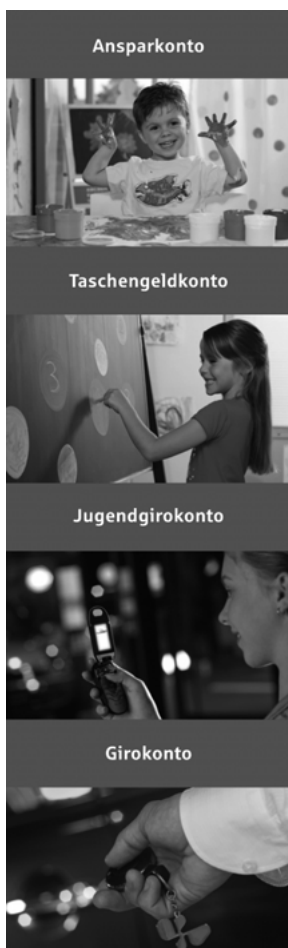
Wir laden ein zum

Diskussionsabend am 27.03.2009, 20 Uhr in der "Kulisse" (Nebenzimmer), Theaterstraße

Wir wollen uns hauptsächlich mit der neuen Studie des IAB u.a. zu „4 Jahre Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (Hartz IV) beschäftigen. Der Genosse Joß Steinke wird uns eine fundierte Einführung geben.

Weitere Tagesordnungspunkte: Aktuelles, Sachstand Regierungsprogramm '09, Ergebnisse Juso- Bundeskongress, Wahlkämpfe '09, Terminplanung

Hildegard Gröger Helmut Pfister



mein GIRO®

Von Anfang an – ein Leben lang.

Kennen Sie „mein GIRO“?


- ✓ Attraktiver Zins* ab dem ersten Euro
- ✓ Kostenlos bis max. zum 25. Geburtstag
- ✓ KNAX-Klub
- ✓ Exklusive Aktionen oder Angebote für „mein GIRO“-Kunden

Jetzt 5 % p.a. Eröffnungszins für 3 Monate oder kostenloses Prepaid-Handy*** sichern!**

* Zinssatz für Beträge bis 2.500 Euro freibleibend bis zum 18. Geburtstag bzw. für Schüler, Azubis, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende und Absolventen eines sozialen Jahres bis max. zum 25. Geburtstag.
 ** Zinssatz für Beträge bis 2.500 Euro freibleibend. Gültig für 3 Monate ab Eröffnung.
 *** Alternativ für Jugendliche ab 11 Jahren.

Stand: 10/2008

Alle Vorteile von „mein GIRO“ erfahren Sie bei unseren Beratern oder unter www.sparkasse-erlangen.de

 Sparkasse Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch wie im letzten
Monatsspiegel angekündigt ein zu unse-
rer

**Jahreshauptversammlung
mit Neuwahlen
am Mittwoch, 18. März
um 20.00 Uhr im Anger-
wirt (Guhmannstraße 10)**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Berichte
 - Jahresbericht
 - Kassenbericht
 - Aussprache und Entlastung des Vorstands
2. Neuwahlen
 - Vorsitzende/-r
 - Stellvertreter/-innen
 - Kassier/-in
 - Schriftführer/-in
 - Beisitzer/-innen
 - Revisor/in
3. Jahresplanung 2009
4. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Sandra Radue

■ **Distrikt Anger**

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden herzlich ein zu unserer

**Jahreshauptversammlung
am Dienstag, 24. März,
20 Uhr im FSV-Nebenzim-
mer, Tennenloher Str. 68**

4. Entlastung des bisherigen Vorstandes
5. Neuwahlen des Vorstandes:
 - a. des/der Vorsitzenden
 - b. der Stellvertreter/-in
 - c. der KassiererIn/ des Kassiers
 - d. der Beisitzer/-in
6. Wahl der Revisoren/-innen
7. Jahresplanung
8. Verschiedenes

Wir würden uns sehr freuen, wenn
sich aus unserem Distrikt Mitglieder be-
reit erklären, im Vorstand mitzuarbeiten.

Für den Vorstand
Wolfgang Peter

■ **Distrikt Bruck**

Vorsitzender:

Wolfgang Peter
Telefon: 303090
bruck@spd-erlangen.de

Tagesordnung:

1. Wahl einer Versammlungsleitung und
Wahlkommission
2. Rechenschaft- und Kassenbericht
3. Aussprache

Liebe Genossin, lieber Genosse,
wir laden dich herzlich ein zu unserer

**Jahreshauptversammlung
mit Neuwahlen
am Dienstag, 17. März um
20:00 Uhr im Gasthof
Rangau**

3. Entlastung des Vorstandes
4. Wahl des/der Vorsitzenden
5. Wahl der BeisitzerInnen
6. Wahl der KassiererIn/ des Kassierers
7. Wahl der Schriftführerin/ des Schrift-
führers
8. Wahl der VertreterInnen im KV
9. Verschiedenes

Für den Vorstand
Wolfgang Schwerna

■ **Distrikt Dechsendorf**

Vorsitzende:

Heike Fischer
Telefon: 09135-6269

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Bericht der Vorsitzenden und der Kas-
siererin

■ Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 17.03. um 20:00 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ Distrikt Frauenaarach

Vorsitzende:

Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 17. März um 20 Uhr im AWO-Raum.

Tagesordnung

1. Aktuelles
2. Bericht des Distriktvorstands
3. Bericht des Kassiers
4. Bericht der Revisoren
5. Aussprache
6. Entlastung des Vorstands

7. Neuwahlen
 - a) Vorsitzende/r
 - b) 2 Stellvertreter/innen
 - c) Kassier/erin
 - d) 1 Vertreter und 1 Vertreterin für den KV
 - e) 2 Revisoren/innen
8. Jahresplanung
 - Themen
 - Termine
 - Sommerfest
9. Verschiedenes

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden herzlich ein zur nächsten

Distriktssitzung am Dienstag, 24. März um 20 Uhr im Nebenzimmer der Kulisse (Theaterstraße)

Themen sind unter anderem: die soziale Situation in der Stadt Erlangen (Referat Andreas Richter) inkl. Nachbereitung der Fraktionsveranstaltung vom 3. März, sowie kommunale Bildungspolitik (Bericht aus der Fraktion)

Vorankündigung der weiteren Sitzungen:

- 21. April im Frankenhof (zum Thema Frankenhof)
- 05. Mai
- 16. Juni

Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 17. Februar

Wahl der Versammlungsleitung sowie Wahl- und Zählkommission

Barbara sowie Inge und Flo jeweils einstimmig; 13 Anwesende

Rechenschafts- und Kassenbericht

• Barbara blickt auf das vergangene Jahr zurück: In den i.d.R. monatlichen Sitzungen wurden neben organisatorischen Dingen stets auch verschiedene Themen engagiert behandelt und diskutiert: u.a.: Demokratie – Ideal und Realität/ Vortrag von Markus Beier zur Situation der Hausärzte und Gesundheitspolitik/ Die Situation der SPD kurz nach dem Rücktritt von Beck/ Vortrag von Helmut zur Energiepolitik/ Referat von Flo zum kommunalen Haushalt und zum Projekt „soziale Stadt“

Außerdem wurden Flyer zur Anwohnerparkplatz-Situation in der östlichen Hindenburgstrasse entworfen und dort verteilt;

Enorm wichtig war im vergangenen Jahr auch der Landtagswahlkampf mit

den damit zusammenhängenden (Verteil-) Aktionen – diesbezüglich ein großes Lob an den Distrikts-Verteilorganisator Helmut!

Die Presse dürfte ruhig häufiger mal die Sitzungsankündigungen bringen, auch die Mitgliederbetreuung könnte intensiviert werden; insbesondere gibt es im Distrikt (wie in der Gesamtpartei auch) zu wenig (junge) Frauen!

Barbara lobt die Zusammenarbeit des Distrikts mit der Fraktion, sie tritt aber zur eigenen Arbeitsentlastung nicht mehr als Vorsitzende an.

Aussprache dazu: Dieter analysiert anhand von Graphiken die Mitgliederentwicklung des Distrikts genauer, u.a.: die Hälfte der Mitglieder ist über 50 Jahre, nur ein Drittel unter 35 Jahre alt; Jedoch sind einige junge Männer dabei, auch gab es in den vergangenen 5 Jahren einige Neueintritte; Die größten Mitgliedergruppen stellen RentnerInnen sowie SchülerInnen/StudentInnen;

Unter anderem allgemeines Lob für die gelungene Mischung aus allgemeinen politischen Themen und Kommunalpolitik in den Distriktssitzungen sowie für die lebendigen, auch oft kontroversen Diskussionen; Vielen lieben Dank an Barbara und den Vorstand!

Dieter führt Einzelheiten zum (von den Revisoren „abgesegneten“) Kassenbericht aus; unter anderem muss auf KV-Ebene endlich geklärt werden, wie die Beitragsübernahme von ärmeren Mitgliedern zukünftig geregelt wird;

Der bisherige Vorstand wird einstimmig entlastet.

Neuwahlen des Vorstands

Nach den jeweiligen Vorstellungen der KandidatInnen werden (von den 11 Stimmberechtigten) folgende gewählt:

- Vorsitz – Michael Zimmermann (11)
- Stellvertreter – Barbara (10), Jule (11), Walter (11)
- Kassier – Walter (einstimmig)
- Revisoren – Volker und Dieter (einstimmig)
- Entsandte des Distrikts in den KV – Walter und Barbara (einstimmig)

Jahresplanung

Flo regt eine interessante Aktion für die nächsten Wochen zu den Läden in der Innenstadt an; Termin- und Themenplanung der nächsten Sitzungen durch Michael

Anträge

Keine

Verschiedenes

Anregung von Wolfgang, evtl. regelmäßig ein SPD-Fest zu organisieren – jedoch will das hinsichtlich Ort, Zeit und Konzept gut durchdacht sein;

Fraktionsveranstaltung am 03.03. 19 Uhr, Konferenzraum Schuhstrasse 40 zu den Hartz IV- Regelsätzen in der Stadt

Am 18.03. ist eine politische Theatergruppe in der Stadt, Näheres bei Barbara oder Jule

Michael Zimmermann

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir laden Euch recht herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 25. März, 20 Uhr im Biergarten am Röthelheim

Tagesordnung:

1. Wahl einer Versammlungsleitung und Wahlkommission.
2. Rechenschafts- und Kassenbericht.
3. Aussprache.

4. Entlastung des bisherigen Vorstands.
5. Neuwahl des Vorstands
 - des/der Vorsitzenden
 - der Stellvertreterinnen/Stellvertreter
 - der KassiererIn/Kassiere
6. Wahl der RevisorInnen
7. Jahresplanung
8. Anträge
9. Verschiedenes

Wir freuen uns auf rege Teilnahme und Gespräche.

Für den Vorstand
Brigitte Rohr

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr
Telefon: 4000974

■ Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 10. März, 20 Uhr, Schloßgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles.
2. Berichte.
3. Kassenbericht.
4. Rechenschaftsbericht des Vorstandes.
5. Entlastungen.
6. Nachwahlen: Schriftführer, Revisor.
7. Fraktion vor Ort.
8. Ideensammlung zur Umgestaltung des Platzes vor dem Goldenen Schwan.
8. Verschiedenes (TB, Schaukasten etc.).

Weitere Termine: Fraktion vor Ort am 14.3., 15.00 Uhr Treffpunkt voraussichtlich Grundschule, ab 16.00 Uhr Wied; Distriktversammlungen am 7.4., 12.5.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 10.02.2009

o. Feierlichkeit

Gertrud Reich-Schowalter feiert ihren 60. Geburtstag mit dem Distrikt bei einem Spanferkelessen

1. Aktuelles

Am Freitag den 13. findet für Robert Thaler zum 65. im Rathaus ein Geburtstagsempfang statt. Alle Distriktsmitglieder sind herzlich eingeladen. Wir diskutieren über ein gemeinsames Geschenk.

2. Ortsbegehung mit der Fraktion

Am 14. März wird der Distrikt mit der Fraktion eine Begehung in Tennenlohe durchführen. Wir treffen uns um 15.00 an der Grundschule. Anschließend werden wir den Sportplatz und die Fläche vor dem Goldenen Schwan besichtigen. Zum Abschluss treffen wir uns in der Wied. Zur Information und Einladung der Bevölkerung sollen Plakate aufgestellt und Handzettel verteilt werden. Außerdem werden die Vereinsvorsitzenden angeschrieben.

Hans Hauer

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zu unserer nächsten Sitzung möchten wir herzlich einladen. Leider war die Terminfindung schwierig und wir konnten keinen Termin finden, der allen passte.
Wir treffen uns zur alljährlichen

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 1. April, um 20.00 im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Hierzu möchten wir folgende **Tagesordnungspunkte** vorschlagen:

1. Berichte aus Kreisvorstand, Stadtratsfraktion und Ortsbeirat
2. Rechenschaftsberichte von Vorsitzendem und Kassier
3. Diskussion und Entlastung
4. Neuwahl von Vorstand, Vertretern im Kreisvorstand sowie Revisoren
5. Arbeitsplanung 2009

6. aktuelle kommunalpolitische Fragen
7. Aktuelles / Verschiedenes

Schön wäre es, wenn wir in größerer Runde Bilanz ziehen und Pläne machen könnten.

Im Auftrag des Vorstandes
Gerd Peters

P.S.: Das „Protokoll / den Bericht über die letzte Versammlung“ findet Ihr dieses Mal an unüblicher Stelle auf Seite 17. Wir diskutierten im Februar mit Otto Vierheilig sehr ausführlich über Hartz IV, darüber hinaus schrieb Andreas Richter eine Replik im Februar-Monatsspiegel, die sich auf Aussagen von mir zum Thema Hartz IV im Dezember-Monatsspiegel bezog. Ich habe, um Doppelungen zu vermeiden, aus Protokoll und Antwort einen integrierten Bericht mit der Überschrift „Zur Diskussion zum Thema Hartz IV“ gemacht.

Lieber Genosse, liebe Genossin,
für den März laden wir ein zur

Jahreshauptversammlung mit Neuwahl am 25. März, 16 Uhr, in das August-Bebel-Haus.

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Rechenschaftsbericht

3. Wahl
 - eines Vorstandes,
 - eines Schriftführers oder einer Schriftführerin,
 - der Beisitzer/Beisitzerinnen.
4. Planung des Arbeitsprogrammes
5. Besprechung und Planung des Besuches unserer Jenaer SPD 60 plus Freunde/Freundinnen, Anfang Juni 2009.
6. Verschiedenes

Auf Deinen Besuch freut sich der
60plus-Vorstand

■ **AG 60plus**

Vorsitzende:

Helga Steeger
Telefon: 47866
helga.c.steeger@t-online.de

Einladung zur

Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen am Mittwoch, den 4. März, 20.00 Uhr im Au- gust-Bebel-Haus

Tagesordnung

1. Tätigkeits- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes
2. Entlastung des Vorstandes
3. Neuwahlen
4. Personalvorschläge

- a) 2 Vertreterinnen im KV
- b) Vertreterin im GKV
- c) AsF-Bezirksvorstand
- d) AsF-Landesvorstand
5. Verteilung weiterer Aufgaben
6. Arbeitsplanung und Termine
7. Verschiedenes

Terminvorschau

- 8. März: Frauenempfang
- Im April keine Sitzung
- 6. Mai: AsF-Versammlung
- 17. Juni: AsF-Versammlung
- 1. Juli: AsF-Versammlung

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

■ **AsF**

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
dohmstreich@nefkom.net
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenberger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Namen des Vorstands lade ich herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung am Dienstag, 10. März, 20 Uhr in der Kulisse, Ne- benzimmer, Theaterstr. 8

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung und Aktuelles
2. Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
3. Rechenschaftsbericht und Finanzbericht, jeweils mit Diskussion

4. Entlastung des Vorstands
5. Vorstellung, Diskussion und Beschlussfassung des Arbeitsprogramms 2009
6. Wahl der/des Vorsitzenden
7. Wahl der StellvertreterInnen
8. Vorschlag für die Wahl der VertreterInnen im SPD-Kreisvorstand
9. Anträge
10. Sonstiges und Schlusswort des/der neuen Vorsitzenden

Sozialistische Grüße
Michelle Starck

(Protokoll und Rechenschaftsbericht auf der nächsten Seite)

■ **Jusos**

Vorsitzende:

Michelle Starck
Telefon: 0177-6001980
mitch_ave@yahoo.de

Protokoll der Mitgliederversammlung am 03.02.

1. Frauen

Frauenquote in der Wirtschaft – Julia stellt die Vorteile für Männer vor.

2. Aktuelles und Berichte

Bericht von Andreas aus dem UB:

- Wahlkampf: In der heißen Phase sollen 1-2x monatlich Wahlkampfplanungssitzungen abgehalten werden. Es ist eine Veranstaltung zum Thema „mehr Sozialstaat wagen“ geplant (Albrecht Müller soll als Referent angefragt werden).
- Landtagswahlanalyse: Hierzu wird es eine Veranstaltung des SPD-UB geben. Den Termin wird Andreas bekannt geben.
- Der UB-Vorstand hat angeregt, sich auf einer Sitzung mit dem Thema Umlagefinanzierung der Ausbildung zu beschäftigen

Die Juso-Hochschulgruppe soll mal zur Juso MV des Kreisverbands Erlangen eingeladen werden.

3. Thema des Tages: Datenschutz

Michelle stellt einen Artikel aus der Zeit vor. Der Artikel wird von ihr auch noch über den Verteiler gemailt.

Anschließend Diskussion.

Es wird der Vorschlag gemacht, einen Flyer zum Thema zu erstellen, der dann auch im Europawahlkampf verwendet werden kann.

Michelle guckt, ob es ein Wahlprogramm der SPD gibt und ob dazu etwas drinsteht. Max kennt Ansprechpartner, die sich gut mit der Sache auskennen (er kann bei Bedarf den Kontakt herstellen) und wird ein paar Infos zum Thema über den Verteiler mailen.

4. Sonstiges und Termine

- Julia fragt die E-Werk Streetworker nach Projekten
- Ex Libris will bei der Feuchtgebieteveranstaltung keinen Büchertisch machen, aber wir können Bücher von ihnen verkaufen und die nicht verkauften wieder zurückgeben
- Elena will die RPJ Satzung rummailen
- Jahreshauptversammlung Juso KV ER: 10.03.

Rechenschaftsbericht der Jusos Erlangen 2007/08

1. Mitgliederentwicklung

Wir konnten regelmäßig neue InteressentInnen bei unseren Sitzungen begrüßen. Davon konnten wir drei für die aktive Juso-Arbeit gewinnen.

Insgesamt haben wir im letzten Jahr ca. 10 neue Genossinnen und Genossen im Juso-Alter hinzugewonnen.

An der Zahl sind es 106 Mitglieder.

2. Sitzungen

Die Sitzungen fanden in der Regel alle zwei Wochen statt.

Hauptsächlich haben wir uns im letzten Jahr mit der Kommunal-, Landtags-,



Gesprächsrunde zu Angeboten für Jugendliche in der Innenstadt

und Bezirkstagswahl beschäftigt. In den Sitzungen haben wir verschiedene Veranstaltungen, Infostände, Flyer etc. geplant.

Weiterhin waren Dinge wie die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Quote, das globale Geschäft mit dem Wasser und Studentenverbindungen Thema in unseren Sitzungen.

3. Wahlkampf

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl haben sich nicht nur im Wahlkampf der Jusos eingebracht, sondern auch rege an den Hausbesuchen, den SPD-Infoständen und beim Plakatieren mitgeholfen.

Auch am Landtagswahlkampf haben wir mit allen verfügbaren Kräften mitgeholfen.

Wir haben u.a. eine Filmnacht, Infostände zu speziellen Themen („Pump My Bike“), Nachtinfostände etc. veranstaltet.

Größtenteils hatten wir eigens ausgearbeitete Give-Aways, wie z.B. Kondome, Buttons etc. zur Hand.

4. Sonstiges

- Presse/Außenwirkung:

Pressearbeit hat in Form von Pressemitteilungen stattgefunden.

Unser Auftritt auf der SPD-Homepage war sehr zufriedenstellend. Einige Interessierte haben darüber Kontakt mit den Jusos aufgenommen.

Im Monatsspiegel wurden dieses Jahr nicht nur Termine, sondern auch unsere Protokolle abgedruckt

- RPJ: wird mündlich ergänzt-
- Veranstaltungen/Demos/Feste

An Demonstrationen gegen Rechts, sowie am Umzug am 1.Mai nahmen wir weiterhin zahlreich teil. Für den 1.Mai haben wir dieses Jahr einen eigens ausgearbeiteten Flyer verteilt, auf welchen nicht nur Genossinnen und Genossen positiv reagiert haben.

An Veranstaltungen im letzten Jahr ist insbesondere ein Treffen mit den VertreterInnen des Jugendhauses, des Kreisjugendrings und des Jugendparlaments zu erwähnen. Aus diesem wird eine Art Arbeitsgruppe hervorgehen, die sich mit der demokratischen Beteiligung der BürgerInnen auseinandersetzen wird.

Ein Juso-Weihnachtsfeier fand ebenfalls wieder statt.



Auch sportlich aktiv: Die Jusos nahmen am Fußballturnier des RIngs politischer Jugend teil

- SPD

Wir Jusos sind in den verschiedenen Gremien der SPD vertreten und tragen konstruktiv zur Arbeit des Kreisverbandes bei. An den Kreismitgliederversammlungen nahmen wir in der Regel zahlreich teil.

Internationale Wochen gegen Rassismus in Erlangen

Von Martin Luther King bis Barack Obama Ausstellungseröffnung und Einführung in die Internationalen Wochen gegen Rassismus in Erlangen

- Freitag, 20. März 2009
- 18.00 Uhr, VHS Club International

Theater KOSMOS BRD – typisch deutsch und doch besonders?! Ein Story-telling von und mit afrodeutschen Jugendlichen.

- Dienstag 24. März 2009
11.30 Uhr, Realschule am Europakanal
18.00 Uhr, Ohm-Gymnasium Erlangen

Woher kommst Du? Wie kämmst Du dich? Sprichst Du eigentlich afrikanisch? In Kosmos BRD präsentieren Jugendliche ihre Sicht der Dinge, als Schwarze Menschen in Deutschland zu leben. Die Abschlussaufführung entstand nach gemeinsamer Arbeit in einem sechsmonatigen Theaterworkshop und handelt von lästigen Zuschreibungen und nervigen Stereotypen.

Konzert: Tibor Sturm and Guests RAP AGAINST RACISM

- Dienstag 24. März 2009
- 21 Uhr, E-Werk, Fuchsenwiese

QuietStorm und D-Flame und Special Guests sowie der Erlanger Support Demohöllabackboiiz präsentieren RAP und HIPHOP vom Feinsten – alles zugunsten der Ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung in Erlangen (EFIE)

Bella Rosenkranz – den Holocaust überlebt – ein Lebensbericht!

- Mittwoch 25. März 2009
- 10 Uhr, Albert-Schweizer-Gymnasium

Geboren 1921 in Fürth, verbrachte Bella Rosenkranz die ersten Lebensjahre in Colmar. Nach dem Tod der Mutter kehrte sie 1929 nach Fürth zurück und lebte dort im jüdischen Waisenhaus. Im Okt. 1938 wurde die 17-jährige im Rahmen der Polenaktion deportiert und landete im Niemandsland zwischen Polen und Deutschland. Bella konnte sich zunächst zu Verwandten durchschlagen. Nach dem Einmarsch der Deutschen in Polen war sie gezwungen, in die Sowjetunion zu flüchten. Dort galt sie als "Feind" und wurde für mehr als fünf Jahre in ein Arbeitsla-

ger gesperrt. Erst 1961 durfte sie die UdSSR verlassen und nach Franken zurückkehren.

Film: Blue eyed

- Mittwoch 25. März 2009
- 19.00 Uhr, VHS, Club International

Jane Elliot führt seit über 20 Jahren einen engagierten Kampf gegen Vorurteile, Ignoranz und Rassismus in ihrer Gesellschaft. Was sie nach dem Tode von Martin Luther King jun. 1968 mit ihren Schülern begann, praktiziert sie heute mit Lehrern, Studenten, Feuerwehrleuten oder ganzen Belegschaften. In Workshops teilt sie die Menschen nach einem willkürlichen körperlichen Merkmal ein in BLAUÄUGIGE und BRAUNÄUGIGE. Letztere erklärt sie für besser und intelligenter und stattet sie mit Privilegien aus, die sie den Blauäugigen, die sie als schlecht, minderwertig und dümmer abqualifiziert, nicht gewährt. Viele Weiße erspüren hier zum ersten Mal das Gefühl, zu denen zu gehören, die nie gewinnen können, und so behandelt zu werden, wie die Gesellschaft Frauen behandelt, Farbige behandelt oder Menschen, die körperlich abweichend sind.

Film: Das Fest des Huhnes

- Freitag 27. März 2009
- 19.00 Uhr, VHS, Club International:

In diesem Film wird das Verfahren vieler weißer Forscher, die nach Afrika reisen, um ethnologische Studien zu betreiben und die Gewohnheiten schwarzer Stämme zu interpretieren, umgedreht: Im 'Fest des Huhnes' schlägt es einen schwarzafrikanischen Forscher nach Oberösterreich. Ein satirisches Bild rund um Zeltfeste, Kirchen, gebratene Hühner entsteht.

Konzert: Rock gegen Rechts – Zehn Livebands

- Samstag 28. März 2009
- 18.30 Uhr, E-Werk, Fuchsenwiese

Am 28. März 2009 ist es wieder soweit! „Rock gegen Rechts“ geht in die zweite Runde. Die Idee ist im Rahmen des



Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ entstanden. Mit „Rock gegen Rechts – Beats für Vielfalt“ wollen die Arbeitsgruppen der Hauptschule Eckental und der Gymnasien Eckental und Herzogenaurach ein Zeichen gegen Rassismus und Intoleranz setzen. Wie schon im vergangenen Jahr wird wieder ein breites Spektrum an Musik geboten. Lokale, sowie überregionale Bands werden auftreten und sich somit gegen Rechts aussprechen. Mit dabei sind u.a.: Jamar, Santeria and the pornhorns, die Gewinner des Local Music Run's „The Aesthetic Of Inner Terror“, Chaoze One & Lotta C, Bakkushan, Ragin´Diarrhea. Neben der Musik gibt es auch einen Markt der Möglichkeiten, welcher aus viel Infomaterial, Mitmachmöglichkeiten und noch weiteren Aktionen besteht.

Veranstalter:

Ausländer- und Integrationsbeirat, Dritte Welt Laden, Schulen ohne Rassismus – Realschule am Europakanal und Albert-Schweitzer-Gymnasium, Ohm-gymnasium und viele andere...

Berliner Compagnie: DAS BLAUE WUNDER. Ein Theaterstück über die aufhaltsame Privatisierung des Wassers

Mittwoch, 18. März 2009, 20:30 Uhr

E-Werk, Fuchsenwiese, Großer Saal

Eintritt 10,-/8,- Euro

Veranstaltet von Dritte Welt Laden Erlangen e. V., Kulturzentrum E-Werk und Katholische Hochschulgemeinde Erlangen

Seit es Menschen gibt, existieren Normen und Regeln rund um das lebenswichtige Gut Wasser. Der Zugang zum Wasser und seine gerechte Verteilung an die Nutznießenden braucht gesellschaftliche Regelungen.

In Deutschland und in den meisten Ländern des Nordens ist Wasser ein Gut, das noch im Überfluss vorhanden ist. Der Hahn wird einfach aufgedreht oder das Flaschenwasser im Supermarkt gekauft. Doch auch hierzulande ist der Wasservorrat gefährdet, sei es durch Verschmutzung von Oberflächen- oder Grundwasser, oder durch Übernutzung.

Viel dramatischer stellt sich die Situation in vielen Regionen in Afrika, Asien oder Lateinamerika dar. Trinkwasser wird knapp - bedingt u.a. durch Klimawandel und den ständig wachsenden Wasserverbrauch in der Landwirtschaft - und viele vor allem arme Menschen bleiben von der Versorgung ausgeschlossen. Auch wird Wasser zunehmend zum Konfliktherd, beispielsweise im Nahen Osten.

Und wo Wasser knapp wird, lässt sich daran verdienen!

Seit Anfang der neunziger Jahre privatisieren immer mehr Industrie- und Entwicklungsländer die Wasserversorgung und übertragen einzelne Bereiche und Aufgaben, oft aber auch das gesamte System an private Unternehmen. Das reicht vom lokalen Wasserverkauf durch lokale Kleinunternehmen, über den Bau von Wasserleitungen durch Baufirmen bis hin zum Betrieb kompletter Versorgungssysteme durch multinationale Großunternehmen. Meist sind das global operierende Wasserkonzerne aus Industrieländern, insbesondere aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und den USA (global players).

Doch der Privatisierung folgt der Katerjammer - die Konzerne investieren

nicht ausreichend ins Netz, die Qualität des Wassers sinkt, ein Großteil der Angestellten wird entlassen und die Wasserpreise steigen horrend. Diese Erfahrungen mussten zum Beispiel die Engländer machen, deren Wasserversorgung Anfang der 1990er Jahre privatisiert wurde...

Trotz dieser Erfahrungen und obwohl die Behauptung, private Unternehmen würden überall besser arbeiten als öffentliche Betriebe, im Wasserbereich auf eklatante Weise widerlegt worden ist, wird mit Unterstützung kurzfristiger oder korrupter Politiker, der Weltbank und sogar des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Privatisierung der Wasserversorgung weltweit vorangetrieben. Weltweit aber stehen auch immer mehr Menschen dagegen auf, dass ihnen ihr wichtigstes öffentliches Gut entrissen wird.

Im Theaterstück „Das Blaue Wunder“ der Berliner Compagnie steht der „Wasserkrieg von Cochabamba“ im Jahr 2000 in Bolivien im Mittelpunkt. Nach Tarifierhöhungen bis zu 300 %, der Enteignung ihrer Brunnen und dem Ansinnen, selbst für aufgefangenes Regenwasser an den Bechtel-Konzern zu zahlen, ging die Bevölkerung auf die Barrikaden. Vier Monate lang tobte der Kampf. Am Ende verließen die Manager fluchtartig das Land, und das Wasser ging wieder in die öffentliche Hand zurück.

Mit dieser Handlung werden andere Schauplätze des Kampfes verbunden: vor allem Berlin, aber auch Hamburg, Münster, Mülheim, Beilrode-Arzberg, London, Jakarta, Manila und andere Städte kommen vor. Die Figuren im Stück sind ausgedacht, die zugrundeliegenden Fakten sind es nicht. In dieser Gangsterkomödie ist leider nur wenig erfunden.

So führt die Inszenierung im Stil eines Comics die weltweite Auseinandersetzung um das Wasser vor: Szenen des Verbrechens, des Leidens und des Aufbegehrens, des organisierten Protestes und des Siegs.

Die Privatisierungen sind aufhaltbar.

Zusatzveranstaltungen zum Thema Wasser

Wasser unterm Hammer. Wenn die Haupt- eine Nebensache wird. Ein Film von Leslie Franke und Hermann Lorenz

- Donnerstag, 12. März, 19.00 Uhr
- Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7

Der Film zeigt auf dem Hintergrund englischer Privatisierungs-Erfahrungen den Gang des „Big-Deal“ in verschiedenen deutschen Städten. Beispielsweise in Kiel, wo ein texanischer Konzern die Kieler Wasserwerke mit 51 Prozent unter seine Kontrolle brachte. Der Investor versprach, von Kiel aus den deutschen Energiemarkt aufzurollen. Ein halbes Jahr später war er insolvent und zog davon - zurück ließ er einen Berg von Schulden. In Hamburg, einer Stadt mit "Spitzenwasser" aber ebenfalls leerer Kasse, heißt es immer wieder, eine Privatisierung stünde nicht mehr auf der Tagesordnung. Doch seit 1. Januar 2005 werden die Hamburger Wasserwerke von einem ausgewiesenen Privatisierungsfachmann geführt...

Podiumsdiskussion: Wasser unterm Hammer. Schutz der Erlanger Trinkwasserversorgung vor Privatisierungsgefahren durch das EU-Vergaberecht/EU-Konzessionsrecht

- Donnerstag, 19. März 2009, 19:00 Uhr,
- E-Werk-Kino, Fuchsenwiese 1

Diskussion mit u.a. Vertretern der Wasserallianz Augsburg und dem Fürther Wasserbündnis und dem Film „David gegen Goliath“ (von Leslie Franke und Hermann Lorenz) über den Kampf der kleinen Gemeinde Felton in Kalifornien gegen den Energieriesen RWE – ein Kampf der mit der erfolgreichen „Rekommunalisierung“ der Feltoner Wasserversorgung endet. Es ist ein Film der Mut macht, trotz der vielen Mühen und Schwierigkeiten mit denen die Gemeinde konfrontiert werden.

Internationaler Tag des Wassers – Gottesdienst zum Thema

- Sonntag, 22. März, 11.00 Uhr
- Herz Jesu Kirche, Kath. Kirchenplatz



SPD- Rathaustelegramm

Nummer 2/ 2009

S. 1

Einzelhandelskonzept statt „Sternschnuppen“

„Unausgereifter Aktionismus kann keine vernünftige Innenstadtplanung ersetzen!“ Mit diesen Worten lehnte die SPD in der HFFPA-Sitzung am 11. Februar die Verwaltungsvorlage für eine „Erlanger Sternchen Nacht“ ab. Das Citymanagement schlug für Freitag, 22.05.2009, eine Verbindung von Shopping und Kultur (Figurentheaterfestival) mit Ladenöffnungszeiten bis Mitternacht vor. Für die SPD befürchtete dagegen der Sprecher für Wirtschaft Vogel: „Attraktive Nahverkehrskonzepte, Ausweitung von Fußgängerzonen, die zum Bummeln und Verweilen einladen, intensives Leerstandsmanagement der immer mehr leer stehende Geschäfte, das sind nur einige der ungelösten Hausaufgaben von OB, CSU und FDP/FWG. Kurzfristige Events können diese offensichtlichen Mängel nicht ausgleichen.“ Und vor allem die Beschäftigten im Einzelhandel sind die Leidtragenden, weil wieder einmal Zeit für die Familie und Freizeit einer verlängerten Arbeitszeit zum Opfer fallen. Dennoch beschloss der Ausschuss gegen die Stimmen der Opposition die Sternchen-Nacht. Man war lediglich bereit, die Einkaufszeit auf 23.00 h zu beschränken.

Stadträte bieten Sprechstunden an

Auf Grund des großen Bedarfes bieten die SPD-Stadträte regelmäßig Sprechstunden an. Terminvereinbarungen unter Tel. 09131-862225, E-Mail: spd@erlangen.de oder persönlich von Montag bis Donnerstag, 9:00 –13:00 Uhr in unserem Büro im Rathaus.

Geburtstagsempfang für Robert Thaler



Bei einem Empfang im Rathaus feierte die Erlanger SPD mit Weggefährten den 65. Geburtstag des SPD-Kreisvorsitzenden und Stadtrates Robert Thaler. Besonders die Verdienste für die Erlanger SPD und den Breitensport würdigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Florian Janik in einer Laudatio. Wir wünschen Robert Thaler und uns, dass er sich noch lange für die Bürgerinnen und Bürger und den Sport in Erlangen einsetzen wird.

Städtisches Förderprogramm Solarthermie beschlossen

Die Stadt Erlangen fördert künftig Solaranlagen für Gebäude, die vor dem 01.01.2009 (Datum des Bauantrags) errichtet wurden. Solarthermischen Anlagen zur Warmwasserbereitung werden mit 60 € je m² Kollektorfläche, solarthermischen Anlagen mit Heizungsunterstützung mit 100 € je m² Kollektorfläche bezuschusst. Die Initiative für das Förderprogramm, das zusätzlich zu bestehenden Förderungen (BAFA) konzipiert ist, ging von einem auf einer Bürgerversammlung beschlossenen Antrag aus. Das neue Programm ist nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern stützt auch das lokale Handwerk. Die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen: Solche Förderprogramme lösen zusätzliche private Investitionen aus, die unmittelbar in die regionale Wirtschaft fließen und somit Arbeitsplätze und Kaufkraft vor Ort sichern. Das Programm ist vorerst mit 20.000 Euro ausgestattet. „Sollte sich abzeichnen, dass die Nachfrage größer ist, muss die Stadt reagieren und zusätzliche Mittel noch in diesem Jahr bereitstellen“, erklärte dazu der SPD-Fraktionsvorsitzende Florian Janik. Nähere Informationen über das Förderprogramm finden Sie in Kürze auf www.erlangen.de.

SPD- Fraktion im Dialog am 3. März - **Achtung!!! Raumänderung!!!**

„SozialErlangen 2009: Genug zum Leben?“

**19 Uhr im „kleinen Rathaus“, Schuhstr. 40
mit Referenten des DPWV und der Diakonie**



„Mehr Demokratie wagen“: Ursula Rechtenbacher, Bürgermeisterin a.D., wird 75

Ursula Rechtenbacher, SPD-Stadträtin von 1972 bis 1990, Bürgermeisterin von 1980 bis 1990, engagierte Kämpferin für soziale Gerechtigkeit und Frauenrechte feiert am 24. Februar ihren 75. Geburtstag. Die SPD-Fraktion gratuliert auf das Herzlichste!

„Mehr Demokratie wagen“: Diesen Aufruf des großen Sozialdemokraten Willy Brandt Ende der sechziger Jahre nimmt die Wahl-Erlangerin mit schwäbischem „Migrationshintergrund“ ganz persönlich. Über die Wählerinitiative für Willy Brandt kommt sie in die SPD und kandidiert 1972 erfolgreich für den Stadtrat. 1980 wird sie zur 2. Bürgermeisterin gewählt. Sie setzt sich ein für die Umsetzung von Frauenrechten und machte das Tabu-Thema „Gewalt gegen Frauen“ zur öffentlichen Angelegenheit. Bis heute steht ihr Name für die Einrichtung von Lernstuben, Bürgertreffs, Freizeiteinrichtungen in Stadtteilen, Ausbau der Kinderbetreuung, Unterstützung der Familien und für aktive Seniorenpolitik. Ihr besonderes Engagement gilt aber auch der Weiterentwicklung und Festigung der Städtepartnerschaften - in der festen Überzeugung, dass freundschaftliche Beziehungen der Menschen über Grenzen hinweg ein Beitrag ist zu Völkerverständigung und Frieden.

Die SPD-Fraktion wünscht alles Gute für die kommenden Lebensjahre.

Bildung ist unser Thema

Bildung soll das große Thema der Wahlperiode des Erlanger Stadtrats sein. Die SPD ist dabei gut aufgestellt. Vielfältige Kompetenz und Erfahrung im Bildungsbereich zeichnet die Arbeitsgruppe Bildung aus – wir stehen als PädagogInnen, Eltern und TrainerInnen mitten im pädagogischen Leben. Bildung ist für uns aber mehr: Von der Vorschulerziehung bis zum Berufs- und Studienabschluss und darüber hinaus gilt es in Erlangen Lernmöglichkeiten zu schaffen und zu erhalten. Dazu gehören neben dem baulichen Zustand der Schulen auch inhaltliche und personelle Voraussetzungen. Auch wenn schulische Rahmenbedingungen in den Zuständigkeitsbereich der bayerischen Staatsregierung fallen, haben die Kommunen doch wirkungsvolle Möglichkeiten, in ihrem Bereich das Lernen zu erleichtern und eine bildungsfreundliche Umgebung zu schaffen.

Aktuelle Anträge zum Bildungsjahr:

Integrationsleitbild/Bildungsoffensive (036/2009), Lernstuben - Neubau und Sanierung (037/2009), Erweiterungsbau für die Ganztagsbetreuung an der Wirtschaftsschule (038/2900), Förderkonzept für türkische Schülerinnen (039/2009), Vorbereitungslehrgänge für den Qualifizierenden Schulabschluss (053/2009), Ganztageschulen in Erlangen (054/2009), Ausweitung der Schulsozialarbeit (055/2009), Übergangsmagements (056/2009), Kindergarten Kriegenbrunn (070/2900)



Die AG Bildung: Dr. Dieter Rossmeissl (Kulturreferent), Barbara Pfister (Dozentin am Fremdspracheninstitut), Wolfgang Vogel (MdL a.D., Studiendirektor), Helga Steeger (Sozialpädagogin), Ursula Lanig (Gymnasiallehrerin), Birgit Hartwig (Sozialpädagogin), Felizitas Traub-Eichhorn (Studiendirektorin), Elizabeth Rossiter (Sprachtrainerin), nicht im Bild: Gisela Niclas (Bezirksrätin, Sozialarbeiterin)

Weitere aktuelle Themen:

- Koordination Bergkirchweihgelände
- Ersteigerung Isarstr./ Gewobau
- Stelle für SeniorInnen

Um weitere Informationen zur Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion zu erhalten, schauen Sie auch ins Internet unter

www.spd-fraktion-erlangen.de

oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen die in den einzelnen Beiträgen genannten Anträge im Wortlaut per E-Mail zu.

Kontakt:

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon: 09131-862225

Fax: 09131-862181

Mail: spd@erlangen.de

Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Florian Janik
Redaktionelle Gestaltung: Saskia Coerlin